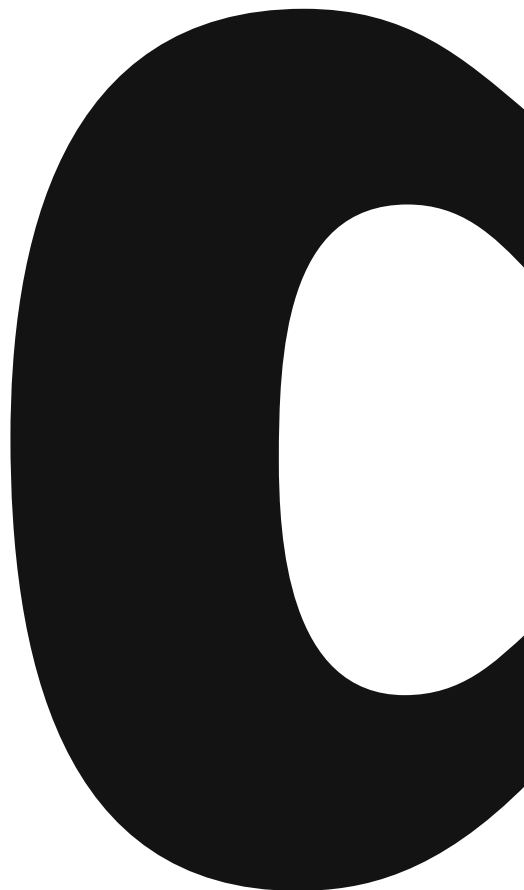




Informationsdienst des
Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V.
April 2007 · 52. Jahrgang

BAUINDUSTRIE BAYERN





Informationsdienst
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.
April 2007 · 52. Jahrgang

Impuls

EU-Gesetzeswut 1

Bauwirtschaft und Konjunktur

Auftragszuwachs auch für 2007
zu erwarten 2
Mehr Arbeitsplätze und
mehr Baubetriebe 19

Mitgliederversammlung

Bamberg – historisches Juwel
in Franken 4

Bauwirtschaft und Politik

Bund über Gebühr:
Mehr als 1 Mrd. Einnahmen. 6
Kameralistik ade in Weyarn 8
Sanierungsdefizit Kanäle
Bayern rund 6,7 Mrd. Euro 10

Bau international

M6 Duna – gelungenes
PPP-Bauwerk in Ungarn 12

Aus der Verbandsarbeit

IKOM 2007 an der TU München 14
Angerhof in München –
am Bauprojekt Praxis lernen 15
Mitgliederversammlungen
Franken und Ostbayern 16
Sicherheitsaspekte im
Bauwerksbestand 18

Persönliches 21

Recht

Aktuelle Rechtsprechung 22

Zahlen zur

Bauwirtschaft in Bayern 24

Impressum

Herausgeber:
Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
München

Verantwortlich für den Inhalt:
Senator E.h. Gerhard Hess

Redaktion: Dr. Josef Wallner

Bildnachweis:
Archiv des Bamberg Tourismus & Kongress Service
(Seite 4, 2 Bilder)
Stadt Bamberg/Pressestelle (Seite 5, 2 Bilder)

Konzept & Gestaltung:
Franz Leander Neubauer
82547 Beuerberg

Satz & Litho:
LaySa Mediendienstleister, Augsburg

Druck: Rittel-Offset, Planegg



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

Dürfen Deutschlands Autofahrer im Europa der Zukunft nur noch im Kofferraum rauchen? Noch ist das nur Realsatire. Aber die kürzliche Forderung eines EU-Kommissars nach umfassenden Rauchverboten in der EU ist nur ein weiteres Beispiel für den ins Kraut geschossenen Regulierungswahn, der keinen Lebensbereich und keine Lebensäußerung mehr auslässt. Nicht nur auf EU-Ebene, aber hier besonders.

Offen wird mittlerweile von „wildgewordenen Eurokraten“ gesprochen. Hessens Ministerpräsident Koch redet vom Brüsseler „Diktatismus“, Bundespräsident Köhler beklagt, dass viele, allzu viele Menschen in Europa die Sprache der europäischen Politik nicht mehr verstehen. Und Altpräsident Roman Herzog sieht ein Brüsseler „Demokratiedefizit“, eine drohende Entmachtung der nationalen Volksvertretungen, die Verunsicherung der Menschen und ihre mögliche Abkehr von Europa.

Nein, in Brüssel geht es nicht mehr nur um die gewohnte fürsorgliche Zwangsbeglückung durch Bürokratie, um Behördenwahn oder um den drohenden Erstickungstod im Paragrafensumpf. Es geht darum, dass die EU-Ebene immer mehr Kompetenzen auf sich zieht, obwohl die entsprechenden Entscheidungen auf nationaler Ebene getroffen werden müssten.

Es geht darum, dass die Bürger den im globalen Zeitalter lebenswichtigen Integrationsprozess und sein Ziel wieder durchblicken müssen. Es geht darum, die konkreten Visionen wieder freizukämpfen, die den nach Macht und Einfluss gierenden Eurokraten abhanden gekommen sind.

So wie der Bau nicht die Fundamente für die Zukunft der Gesellschaft legen kann, wenn ihm eben diese Gesellschaft die Mittel dafür versagt, so muss das epochale Zivilisationsprojekt Europa scheitern, wenn für sein Fundament nicht die richtigen Bausteine bereitgestellt werden – und wenn Brüssel den Menschen, die das „Haus Europa“ bewohnen sollen, das Betreten durch Bürokratie-Exzesse verleidet.

Die EU-Skepsis der Menschen richtet sich vor allem gegen den Brüsseler Zentralismus; er ist messbar geworden: 84 Prozent der deutschen Rechtsakte allein zwischen 1998 und 2004, um ein Beispiel zu nehmen, stammten aus Brüssel.

Das wirft zwei Fragen auf: Lässt sich solch ein Regulationsschwall noch mit dem Subsidiaritäts-Prinzip vereinbaren? Entscheidungen wären danach dort zu treffen, wo man nahe an den Problemen ist. Und das muss nicht der Staat sein. Daher die zweite Frage: Muss wirklich soviel vom Staat geregelt werden?

Dieser Regelungsbazillus hat mittlerweile nämlich den ganzen Staat erfasst. Die Gefahr dabei ist: Regelungen können schnell zu Bürokratisierungs- und Zentralisierungsexzessen ausarten. Selbstbestimmung: War das nur einmal? Mündiger Bürger – erstickt unter Gesetzes- und Regelungstexten. Gleichbehandlungsgesetz, Gender Mainstreaming – wissen wir, was wir damit anrichten. Ist vielleicht der Sozialismus von Moskau und Ost-Berlin über Brüssel jetzt zu uns gekommen? Bitter ist, diejenigen, die Gesetze beschließen, zahlen nicht dafür, sie spüren die Folgen nicht. Bürger und Unternehmen aber sehr wohl – und der Bau als erster und am intensivsten: als Seismograph und als Brennglas staatlicher Fehlentwicklungen.

Gesetzeswut

Von Senator E.h. Gerhard Hess
Hauptgeschäftsführer
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.

Auftragszuwachs auch für 2007 zu erwarten

Das Jahr 2006 brachte die Wende am Bau in Bayern. Aufträge und Baugenehmigungen sind deutlich gestiegen, aber mehr noch die Baukosten, insbesondere die Materialkosten. Dank der besseren Baukonjunktur nahm die Beschäftigung am Bau erstmals seit 12 Jahren zu.

Hohes Plus bei Baugenehmigungen

Die Baugenehmigungen verzeichneten 2006 einen Zuwachs von 14,6 %. Im Wirtschaftsbau wurde mit 22,2 % der höchste Anstieg erreicht, im Wohnungsbau waren es 17,4 %. Im Öffentlichen Bau war der Anstieg mit 4,9 % der geringste aller Sparten.

Aufträge in Bayern 2006 gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent höher

Im Jahr 2006 erreichte der bayerische Bau ein Auftragsplus von 6,2 %. Dafür ist vor allem der Wirtschaftsbau verantwortlich, an zweiter Stelle der Öffentliche Bau, während der Wohnungsbau ein leichtes Minus aufwies.

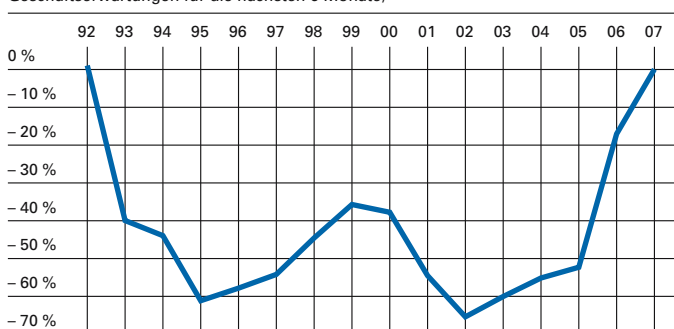
Der Wirtschaftsbau erreichte als einziger einen zweistelligen Auftragsanstieg (+ 14,2 %). Nachdem die deutsche Wirtschaft 2006 insgesamt ein Wachstum von 2,7 % erzielt hatte, verzeichneten die Unternehmen höhere Gewinne und ihre Zukunftserwartungen waren ebenfalls optimistisch ausgerichtet. Als Folge investierten die Unternehmen wieder deutlich mehr in Ausrüstungsinvestitionen und in ihre Bauten.

Der Öffentliche Bau vermeldete einen Auftragszuwachs von 3,4 %. Das höchste Plus verzeichnete darin der Öffentliche Hochbau mit 12,7 %. Der Straßenbau wies ein Plus von 2,3 % auf. Enttäuschend verlief der Sonstige Tiefbau (- 2,3 %). Trotz deutlich höherer Steuereinnahmen haben die Kommunen weniger Bauausgaben getätigt als im letzten Jahr.

Der Wohnungsbau vermeldete ein leichtes Auftragsminus (- 1,4 %).

Geschäftsklima in der Bauindustrie Bayern im Februar erstmals seit Juli 1992 ausgeglichen

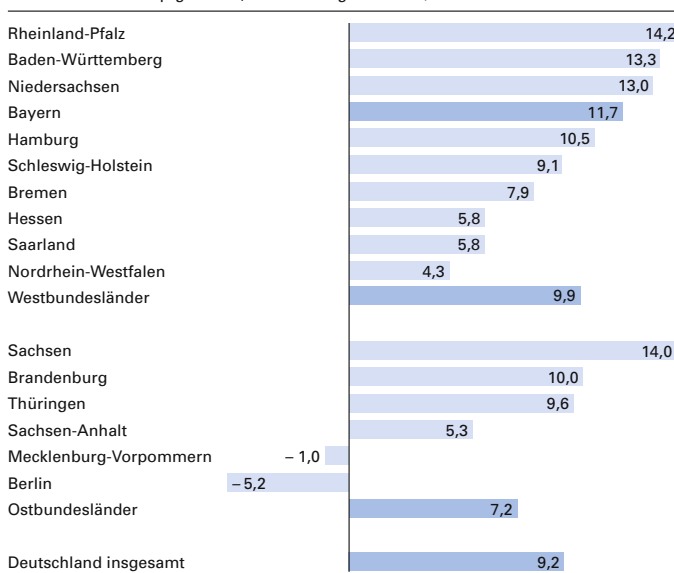
ifo-Geschäftsklima Bauindustrie Bayern (Unternehmensereinschätzung Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate)



Quelle: ifo-Institut München

Bayern hatte 2006 das vierthöchste Umsatzplus aller Flächenländer West

Umsätze im Bauhauptgewerbe, Veränderung Jahr 2006/05 in %



Quelle: Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt

Hier zeigen sich die Auswirkungen des Wegfalls der Eigenheimzulage.

Umsatz der Bauunternehmen um 11,7 Prozent höher

Die Umsätze der bayerischen Bauunternehmen nahmen 2006 um 11,7 % gegenüber Vorjahr zu. Den höchsten Zuwachs meldete der Wohnungsbau mit einem Plus von

13,8 %. Der Wirtschaftsbau erzielte einen Umsatzanstieg um 11,7 %. Das geringste Umsatzplus verzeichnete der Öffentliche Bau (+ 8,9 %). Davon am besten schnitt der Straßenbau ab (+ 14,4 %). Im Hochbau nahmen die Umsätze um 11,3 % zu. Einen nur geringen Umsatzzuwachs vermeldete der Sonstige Tiefbau (+ 2,2 %).

Geschäftserwartungen werden deutlich besser als im Vorjahr beurteilt

Das Geschäftsklima in der bayerischen Bauindustrie wird im Februar 2007 als ausgeglichen beurteilt, so gut wie seit 1992 nicht mehr.

Die Geschäftslage wird mit einem Saldo von - 27 % deutlich weniger schlecht als im Vorjahr (Februar 2006: - 60 %) eingeschätzt. Als gut beurteilen sie 8 % der Unternehmen (Februar 2006: 4 %). Von einer weiter verschlechterten Geschäftslage berichteten 35 % (Februar 2006: 44 %).

Von einer günstigen Entwicklung seiner Bautätigkeit berichtet diesmal kein Unternehmen (Februar 2006: 1 %), 68 % dagegen von einer weiteren Verschlechterung (Februar 2006: 82 %).

Die nähere Zukunft wird seit Januar überwiegend wieder optimistisch betrachtet. 39 % der befragten Firmen erwarten innerhalb der nächsten 6 Monate, also bis August 2007, eine Besserung ihrer derzeitigen Lage (Februar 2006: 24 %). Eine weitere Verschlechterung befürchteten 8 % der Unternehmen (Februar 2006: 15 %). Insgesamt wird die Geschäftslage innerhalb des kommenden Halbjahres mit einem

Saldo von + 31 % deutlich besser als im Vorjahr (+ 9 %) beurteilt.

In der Bauindustrie Anteil der Subunternehmerleistungen 2006 weiter gestiegen

Die Sonderumfrage des Ifo-Instituts vom Februar nach dem Umfang von Subunternehmerleistungen weist einen Anstieg der Subunternehmertätigkeit in der Bauindustrie aus.

■ So entfielen vom Jahresumsatz 2006 in der bayerischen Bauindustrie auf Subunternehmer 27,2 % (2005: 25 %).

■ Im bayerischen Bauhauptgewerbe (Industrie und Handwerk) stieg der Nachunternehmeranteil auf 26,1 % (2005: 25,9 %).

Von den Subunternehmerleistungen des Jahres 2006 entfielen (u.a.):

■ auf Firmen des Bauhauptgewerbes in der Bauindustrie 27,2 % (2005: 33,5 %), im Bauhauptgewerbe 35,1 % (2005: 37,1 %),

■ auf Firmen des Ausbaugewerbes in der Bauindustrie 28,6 % (2005: 25,6 %), im Bauhauptgewerbe 23,2 % (2005: 23,9 %),

■ an ausländische Subunternehmer wurden vergeben von der Bauindustrie 9 % (2005: 7,7 %), von Firmen des Bauhauptgewerbes 12,5 % (2005: 6,3 %).

Wirkungsbereich der Firmen in der Bauindustrie 2006 standortnäher

Die Sonderumfrage des Ifo-Instituts vom Februar nach dem Wirkungsbereich der Firma weist für die Unternehmen der Bauindustrie eine Ausweitung der im eigenen Stadt- oder Landkreis erbrachten Umsatzanteile aus.

So entfielen vom Jahresumsatz 2006 auf Baustellen

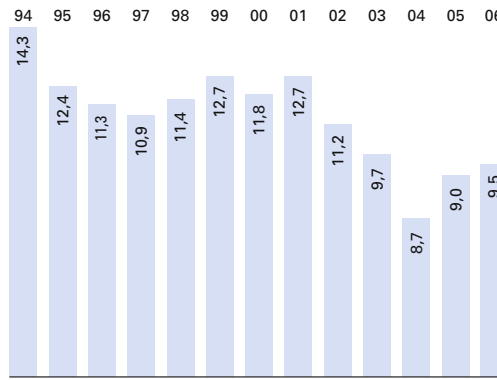
■ im eigenen Stadt- oder Landkreis in der Bauindustrie ca. 41,8 % (2005: 38,5 %), im Bauhauptgewerbe ca. 45,6 % (2005: 44 %),

■ in anderen Kreisen des eigenen Bundeslandes in der Bauindustrie ca. 44,9 % (2005: 44,8 %), im Bauhauptgewerbe ca. 38,2 % (2005: 39,4 %),

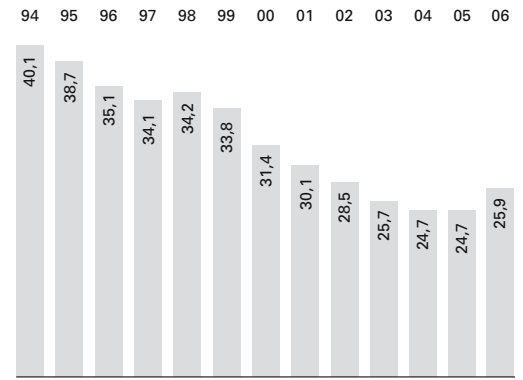
■ in anderen Bundesländern in der Bauindustrie ca. 10,4 % (2005: 13,2 %), im Bauhauptgewerbe ca. 14,2 % (2005: 14,7 %),

In Bayern steigen die Aufträge seit zwei Jahren

Auftragseingänge jeweils Jahr, in Mrd. Euro



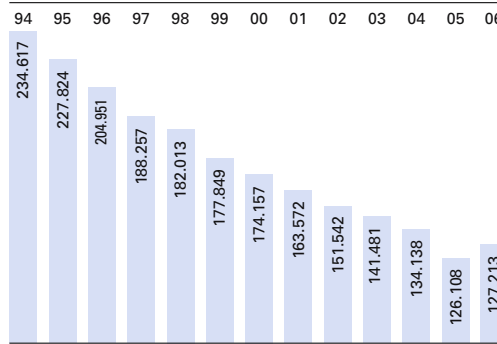
Bayern 2006/1994: - 4,8 Mrd. EUR; - 33,3 %
2006/2005: + 0,6 Mrd. EUR; + 0,6 %



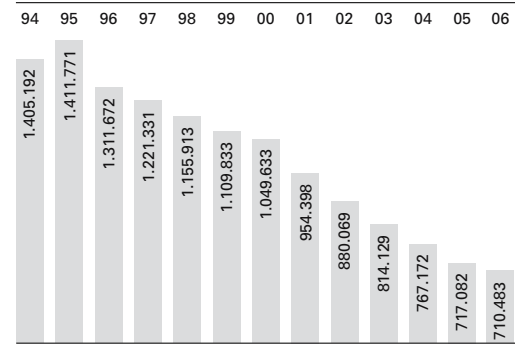
Westdeutschland ohne Bayern 2006/1994: - 14,1 Mrd. EUR; - 35,2 %
2006/2005: + 1,3 Mrd. EUR; + 5,1 %

Erstmals seit 12 Jahren Beschäftigung am Bau in Bayern gestiegen

Jeweils Jahresdurchschnitt



Bayern 2006/1994: - 107.400; - 45,8 %
2006/2005: + 1.105; + 0,9 %



Deutschland gesamt 2006/1994: - 694.700; - 49,4 %
2006/2005: - 6.600; - 0,9 %

Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

■ im Ausland in der Bauindustrie ca. 2,9 % (2005: 3,5 %), im Bauhauptgewerbe ca. 1,9 % (2005: 1,9 %).

Am Bau in Bayern geht es auch 2007 weiter aufwärts

Das 2006 erreichte Auftragsplus von 6,2 % ist eine gute Ausgangsbasis für ein erfolgreiches Baujahr 2007. Die im Jahresverlauf weiter zunehmende Baunachfrage wird hauptsächlich vom Wirtschaftsbaue und vom öffentlichen Bau getragen. Im öffentlichen Segment beruht die Hoffnung auch auf vermehrten Bauinvestitionen der Kommunen, die sich stark gesteigerter Einnahmen erfreuen konnten, aber bislang nicht entsprechend mehr investiert haben. Im Wohnungsbau sollten allmählich die Sondereinflüsse durch die mittlerweile erfolgte Abschaffung der Eigenheimzulage beendet sein, die zu einem Vorziehen von geplanten Eigenheimbauvorhaben geführt hatten. Die anhaltend gute gesamtwirtschaftliche Konjunktur wird auch dem Wohnungsbau neue Impulse geben.

Mehr Beschäftigung am Bau

Seit August sind die Beschäftigtenzahlen gestiegen und erstmals seit 1995 kann das bayerische Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt 2006 einen Beschäftigungsaufbau vermelden. Mehr Baubeschäftigung bedeutet auch zusätzliche Beschäftigung in baunahen Branchen und der Gesamtwirtschaft. Sehr schnell hat die bessere Auftragslage zu Knappheiten am Bauarbeitsmarkt geführt. Insbesondere hochqualifizierte Bauingenieure werden dringend von der Bauindustrie gesucht. Hier zeigen sich die Nachwirkungen der in den letzten Jahren stark gefallen Studienanfänger-Zahlen im Bauingenieurwesen. Dieser Rückgang wird noch einige Jahre für fallende Absolventenzahlen sorgen. Die bestehende und noch zunehmende Bauingenieurlücke ist andererseits eine Chance für junge Leute, die vor der Studienwahl stehen. Die Bauindustrie braucht gute Ingenieure.

Gestiegene Baukosten belasten die Bauunternehmen

Neben Knappheiten am Arbeitsmarkt hat die bessere Baukonjunktur auch sehr schnell zu höheren Baukosten geführt. Aber sie ist für diese Preissteigerungen nicht alleinverantwortlich. Die seit Jahren sehr gute Weltkonjunktur hat die Rohstoff- und Ölpreise und die damit zusammenhängenden Produktpreise wie z. B. Bitumen stark ansteigen lassen. Höhere Materialkosten, höhere Subunternehmerkosten und gestiegene Mietkosten für Geräte können die Bauunternehmen nicht auf Dauer selbst tragen. Sie belasten die ohnehin niedrige Gewinnmarge der Bauunternehmen zusätzlich. Doch nur wenn Bauunternehmen eine ausreichende Marge erwirtschaften können, können sie auf Dauer überleben, können sie hohe Bauqualität liefern, die Beschäftigung ausweiten und unserem Land nutzen. Der Bau braucht eine nachhaltige Gewinnmarge.

Bamberg – historisches Juwel in Franken

Bamberg, die Stadt, in der der Bayerische Bauindustrieverband seine diesjährige Mitgliederversammlung abhält, ist ein bedeutendes Baukunstwerk und von hoher kultureller Bedeutung. Bamberg ist eine Reise wert.

In Bamberg erzählt nahezu jeder Stein eine Geschichte, ist Zeuge einer faszinierenden tausendjährigen Kulturentwicklung. Die Historie ist bis heute lebendig.

Geschichtliche Entwicklung in Stichworten

Die Stadt Bamberg, wie Rom auf sieben Hügeln gebaut, blickt auf eine 1000jährige Historie zurück. 902 findet man „Castrum Babenberch“ erstmals urkundlich erwähnt. Hundert Jahre später wird das Bistum Bamberg von Heinrich II. gegründet und zum Zentrum des hl. Römischen Reiches Deutscher Nation. Mit dem Anschluss an den Ludwig-Donau-Main-Kanal und insbesondere an das Eisenbahnnetz tritt Bamberg nach 1841 in eine Phase wirtschaftlicher Entwicklung ein, die bis heute anhält. 1993 wurde die Altstadt Bamberg durch die UNESCO zum Weltkulturerbe erhoben.

Bamberg repräsentiert mit seinem historischen Stadtbild auf einzigartige Weise die Entwicklungsgeschichte einer mittel-europäischen Stadt. Seine zahlreichen



Eines der bekanntesten Wahrzeichen Bambergs: Das Alte Rathaus.

Sehenswürdigkeiten, wie das Alte Rathaus, die Concordia, der Grüne Markt, die Neue Residenz, das Karmelitenkloster und vieles mehr machen Bamberg zu einer einzigartigen, vielseitigen Stadt, die ihren Besuch wert ist.

Bamberg – Stadt der Perspektiven

Bamberg baut aus. Bamberg bietet Lebensraum für etwa 82.000 Menschen und bildet mit seinen Nachbargemeinden einen zusammenhängenden Funktionsraum mit insgesamt 110.000 Einwohnern.

Bamberg wächst

Um ausreichend Siedlungsflächen für unterschiedlichste Nutzungen zu erschließen und eine angemessene Gewerbeentwicklung betreiben zu können hat der Stadtrat „Einleitungsbeschlüsse“ für Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen gefasst. Das Gebiet nordwestlich der B26, am Zusammenfluss von Main und Regnitz bzw. Main-Donau-Kanal sowie das Gebiet der ehemaligen Heeresmunitionsanstalt „Munagelände“ im Südosten der Stadt sollen die erforderlichen Flächen zur gewerblichen Entwicklung bieten.

Zahlreiche Bauprojekte unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung Bambergs: Das Brückenprojekt 2010 ist mit der Fertigstellung der Luitpoldbrücke zum Teil abgeschlossen, die Löwenbrücke soll 2007/2008 gebaut werden, die Kettenbrücke 2009/2010. Städtebauliche Projekte hat Bamberg bereits durchgeführt im Stadtteil Wunderburg. Das Wohngebiet zwischen Regnitz und Main-Donau-Kanal, der Europa-Wettbewerb „Erba-



Der berühmte Bamberger Reiter – Symbol des mittelalterlichen Edelmannes, dessen Tapferkeit und Edelmut unantastbar sind.

gelände“ sowie Autofreies Wohnen am Ochsenanger wurden als städtebauliche Projekte zwischen 1995 und 1997 fertiggestellt. Aber Bamberg hat noch immer nicht genug: Stadtsanierungspläne für Bamberg-Mitte, Untere Mühlen und Sand stehen an. Dabei verstehen es die Bamberger, durch Investitionen in Sanierung und Infrastrukturausbau ihre Region zum bewegten Zentrum Frankens zu machen.

Bamberg – die grüne Stadt

Für hohe Lebensqualität in der Stadt Bamberg sorgen ihre vielen Grünflächen. Der Bürgerpark Bamberger Hain zählt zu den ältesten Bürgerparks in Bayern. Eine unverzichtbare Grün-oase für die Bevölkerung.

Der Förderung und Entwicklung des Flussparadieses Franken hat sich Bamberg mit seinem raumordnerischen Entwicklungskonzept „Zukunftsplan Main-

tal“ Entwicklung der Flusstäler von Main und Regnitz als naturnahe Flusslandschaften für Tourismus und Naherholung verschrieben. Einen Grund mehr, sich von der erholsamen Natur Bambergs zu überzeugen, bietet die 2012 stattfindende Landesgartenschau.

Bamberg unterm Sternemantel

Mit dem Motto „Unterm Sternemantel“ feiert Bamberg in diesem Jahr sein tausendjähriges Bistumsjubiläum. Dieses Motto weist auf eine der größten Kostbarkeiten des Erzbistums Bamberg hin: den Sternemantel. Er wurde dem Bistum Bamberg von Kaiser Heinrich II. geschenkt und sollte das gerade errichtete Bistum schmücken und ihm Wesentliches mit auf den Weg geben.

Ein ganzes Jahr lang begeistert Bamberg vom 6. November 2006 bis zum 6. November 2007 mit unterschiedlichsten Veranstaltungshöhepunkten.

Im Jahr 1007 wurde das Bistum Bamberg auf Wunsch des damaligen Königs, des späteren Kaisers Heinrich II. gegründet. Dieser vermachte seiner Frau Kunigunde den gesamten Bamberger Besitz nach der Hochzeit als Morgengabe. Die katholische Kirche sprach das Ehepaar nach dem Bau weiterer Klöster heilig.

Für den 1014 zum Kaiser gekrönten Heinrich wurde Bamberg zum Reichsmittelpunkt, somit zur Hauptstadt und zum „Rom Heinrichs“. Der Bau des Domes war Ausdruck der tiefen Frömmigkeit. Dort liegt das kaiserliche Ehepaar begraben. 1237 wurde der mittlerweile dritte Dom fertig gestellt, die beiden anderen sakralen Bauwerke fielen jeweils Feuersbrünsten zum Opfer.

Blickt man heute von oben auf die Stadt, erkennt man aus der Lage der vier Kirchen mit dem Dom in ihrer Mitte ein lateinisches Kreuz. Gedeutet wird dies als das Tor zum Himmlischen Jerusalem auf Erden.

Eine kulturelle Blütezeit erlebte Bamberg im 17. und 18. Jahrhundert unter den Fürstbischöfen, denen es sein barockes Stadtbild verdankt.

1802/1803 fällt das Hochstift Bamberg im Zuge der Säkularisation und der damit verbundenen Auflösung der geistlichen Fürstentümer an Bayern.

Auch heute noch, ein Jahrtausend später, ist der Geist dieses „Fränkischen Roms“ rings um die imposanten Bauten der Kirchen und Klöster in den verwinkelten Gassen und Straßen der Altstadt zu spüren. Als „neues Rom“ pries einst Abt Gerhard von Seeon die Domstadt, als Haupt der Welt mit einem Petersdom im Zentrum.

Immer wieder fasziniert Bamberg seine Besucher aufs Neue. Nutzen auch Sie die Möglichkeit, Bamberg kennen zu lernen. Die Mitgliederversammlung 2007 des Bayerischen Bauindustrieverbandes bietet dazu eine gute Gelegenheit.

Bamberg baut Brücken

Zwölf Brücken prägen das Stadtbild Bambergs, wichtige Verkehrsverbindungen und eindrucksvolle Wahrzeichen der Stadt zugleich. Aus gutem Grund gehört Bamberg zum UNESCO-Kulturerbe. Lange zurück reicht die Geschichte seiner Bauten. Die älteste der Bamberger Brücken, die Obere Brücke, wurde bereits im Jahr 1453 erbaut.

Luitpoldbrücke, Kettenbrücke und Löwenbrücke sind die drei Hauptverbindungen zwischen Bamberg-Mitte und Inselgebiet. Wie ernst Bamberg den Erhalt und Ausbau seiner Infrastruktur nimmt, zeigt das Brückenprojekt 2009/2010: diese drei Brücken werden bis dahin neu gebaut.



Abbruch der Luitpoldbrücke



Der Neubau der Luitpoldbrücke

Eine von ihnen, die Luitpoldbrücke, hat den Umbau bereits seit Ende 2006 hinter sich und ist nach insgesamt 22 Monaten Abbruch und Neubau als eine der wichtigsten städtischen Straßenverbindungen wieder befahrbar.

Die künftige Löwenbrücke soll nach Umbau mit einer Zügelkonstruktion 2008 nach nur 15 Monaten Bauzeit schon wieder benutzbar sein.

Für das 2009/2010 vorgesehene dritte Brückenprojekt, den Abbruch und Neubau der Kettenbrücke, wurde ein Entwurf nach einem europaweiten Realisierungswettbewerb gekürt. Die Kettenbrücke setzt dabei besondere Herausforderungen als einzige Brücke über den Main-Donau-Kanal innerhalb der Grenzen des UNESCO-Kulturerbes.

Bamberg – Hallenbad gesucht

Die Stadt Bamberg braucht ein besseres Hallenbad. Ob Umbau oder Neubau, das entscheidet aber nicht die Verwaltung, sondern die Kunden, die Bürger – im offenen demokratischen Dialog über die beste Lösung. Damit alle, die mitmachen wollen, möglichst fundiert mitdiskutieren können, haben die Bamberger Stadtwerke, die dann künftig auch den Betrieb der Anlage übernehmen sollen, bereits zwölf alternative Projektgestaltungen durchgerechnet. Die Varianten reichen von der Renovierung für rund 10 Mio. Euro bis zum großen Neubau für 25 Mio.

Interessenten können diese Konzepte im Internet finden und bei der Abstimmung auf der Homepage des „Fränkischen Tages“ die aktuelle Entwicklung verfolgen. Derzeit liegt die „Große Neubaulösung“ vorne. Und ihr Vorsprung wächst.

Es wird spannend sein zu verfolgen, welche der vorgeschlagenen Lösungen am Schluss die Nase vorne haben wird. Vielleicht entstehen in diesem interessanten Diskussionsprozess neue, noch bessere Lösungen?

Landauf, landab sind derzeit zahlreiche Unternehmen und Kommunen intensiv mit Fragen der Bädergestaltung, der Realisierung und des wirtschaftlichen Betriebes von Bädern befasst. Auch Unternehmen der Bayerischen Bauindustrie sind seit längerem in diesem Markt erfolgreich und das Interesse am Fortgang der Dinge in Bamberg ist dementsprechend naturgemäß groß.

Bund über Gebühr: Mehr als 1 Mrd. Einnahmen.

Der Staat ist begehrllich: Steuereinnahmen und Sozialabgaben steigen nahezu unbegrenzt. Und zusätzlich hat der Bund eine weitere sprudelnde Einnahmequelle erschlossen: die Gebühren.

Seine Einnahmen muss der Staat grundsätzlich rechtfertigen, denn sie kommen von den Bürgern und Unternehmen. Die Einnahmen und ihre Verwendung offen und transparent auszuweisen wäre daher ein Mindestgebot, das sich aus sich selbst rechtfertigt. Getan wird das aber nicht. Es kommt noch schlimmer: Selbst auf Nachfrage kann die Bundesregierung nicht angeben, in welchem Umfang die Bundesministerien Gebühren für ihre Leistungen erhalten.

Bundesgebühren – keine Kleinigkeit

Dabei geht es um keine Kleinigkeit: Seit 1998 hat der Bund seine Einnahmen aus Gebühren um rund 60 % auf derzeit 1,25 Mrd. Euro gesteigert. Mindestens – denn die Angaben sind unvollständig, wie die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zugeben musste. In der Vorbemerkung des Papiers heißt es, eine „den Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Beantwortung“ sei derzeit nicht möglich.

In den vergangenen Jahren wurden viele Gebühren neu eingeführt und auch einige abgeschafft – allerdings deutlich weniger.

Im Bundesumweltministerium Gebühren verzehnfacht

Einen bedeutenden Teil des 60 %igen Anstieges der Gebühreneinnahmen hat das Bundesumweltministerium zu verantworten: In sieben Jahren hat es seine Gebühreneinnahmen mehr als verzehnfacht. Die Liste der vom Umweltministerium erhobenen Entgelte ist lang. Sie reicht von Gebühren für Amtshandlungen nach dem Abfallverbringungsgesetz, Gebühren für die Nutzung der Naturschutz-Informationssysteme, Genehmigungen für Transporte von radioaktiven Stoffen, zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen, Erteilung von Auskünften aus dem Strahlenschutzregister bis hin zu Gebühren für die Registrierung von Ethikkommissionen. Zudem wurden 2005 und 2006 die Emissionshandelskostenverordnung sowie die Elektro- und Elektronikgerätekostenverordnung neu eingeführt – eine ergiebige Quelle neuer Gebühren.

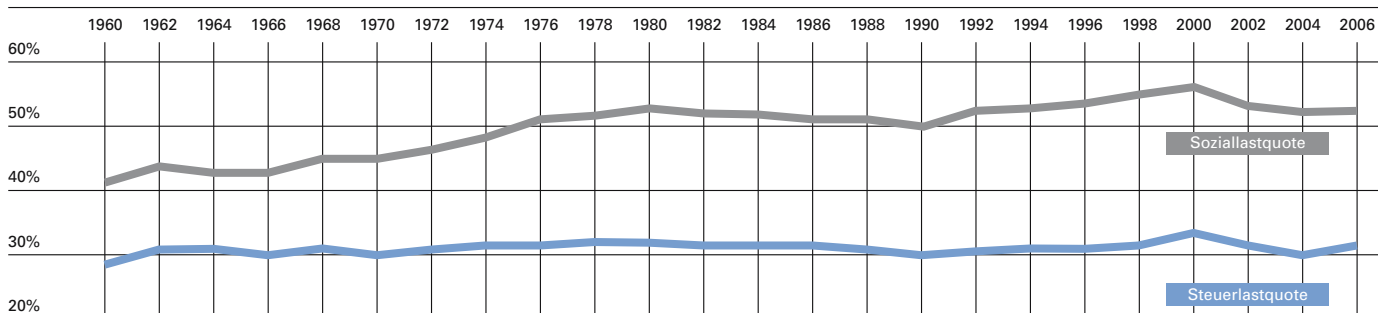
Größter Gebühreuzuwachs durch Innenministerium veranlasst

Das Bundesinnenministerium steigerte sein Gebührenvolumen um 165 % auf 318 Mio. Euro, Mehreinnahmen von knapp 200 Mio. Euro. Dazu beigetragen haben Gebühren für die Zulassung der Ausnahme von der Passpflicht, die Luftsicherheitsgebühr für die Durchsuchung von Fluggästen und Gebühren zu Staatsbürgerschaft und Einbürgerung, die durch das Bundesverwaltungsamt erhoben werden. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union ist beabsichtigt, weitere Gebührentatbestände einzuführen, wie die Ausstellung von Reiseausweisen, Aufenthaltsgenehmigungen, Bescheinigungen zum Daueraufenthalt etc.

Gebühren sind auch gestiegen, ohne dass neue Verordnungen erlassen wurden. So hat das Auswärtige Amt sein Aufkommen aus Pass-, Visa- und anderen Gebühren verdoppelt. Belastet davon sind allerdings hauptsächlich Ausländer.

Die Einkommensbelastungsquote ist 2006 wieder angestiegen

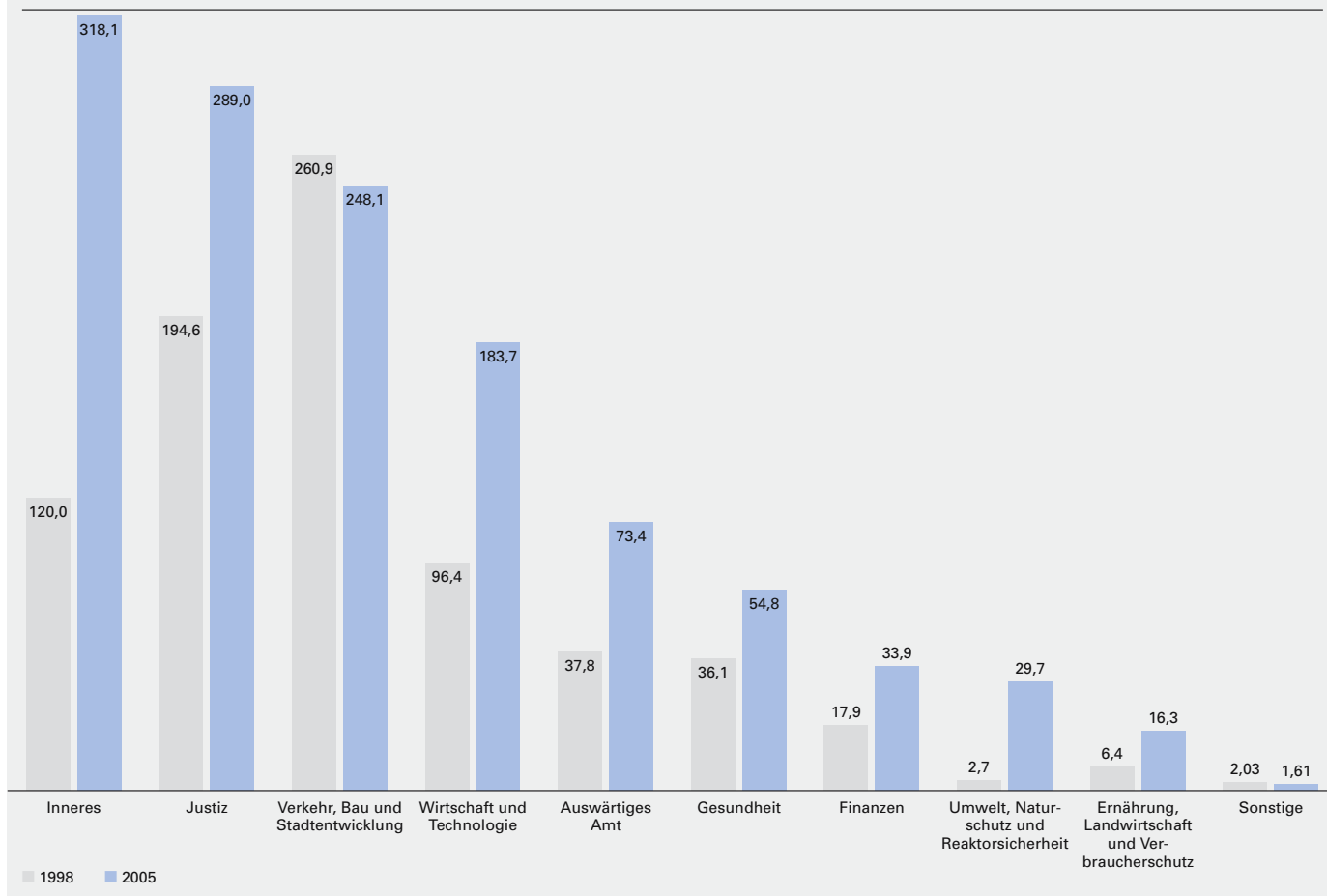
Volkswirtschaftliche Einkommensbelastung, in Relation zum Volkseinkommen – Einkommensbelastungsquote



Quelle: Bund der Steuerzahler

Zusätzlich belasten stark gestiegene Gebühren die Einkommen der Bürger

Gebühreneinnahmen der Bundesministerien, in Mio. Euro



Quelle: Bundesregierung

Verkehrsministerium – Gebühren gesunken

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, mit Gebühreneinnahmen von zuletzt 248 Mio. Euro einer der großen Gebühreneinnehmer, hat seinen Part um 5 % vermindert. Es ist zuständig u.a. für die Luftfahrtverwaltung, die Bundeswasserstraßen, den Güterkraftverkehr sowie das Gesetz über die Lkw-Maut (nicht aber für die Lkw-Maut selbst).

Mehr Transparenz nötig

Es ist dringend mehr Transparenz gefordert. Das Bundesministerium des Innern kündigt in dem Antwortschreiben an, es wolle eine Gesamtübersicht über die Gebührenfähigkeit und Gebührenpflicht öffentlicher Leistungen der Bundesverwaltung erarbeiten, diese evaluieren und gesetzgeberischen Handlungsbedarf identifizieren. Das Ergebnis solle dann auch dazu beitragen, bei der Schaffung neuer Rechtsgrundlagen die Berechnung der Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen. Bleibt zu hoffen, dass hier der Wille auch die Mutter der Tat ist.

Einkommensbelastungsquote steigt dadurch weiter an

Sicherlich sind die Gebühreneinnahmen der Bundesministerien von derzeit 1,25 Mrd. Euro relativ unbedeutend im Vergleich zu den gesamten Steuern in Höhe von 534 Mrd. Euro und den Sozialabgaben in Höhe von 363 Mrd. Euro. Aber sie kommen eben zusätzlich zur amtlich erfassten Einkommensbelastungsquote von zuletzt 52 % des Volkseinkommens hinzu. Ihre wahre Höhe wissen wir nicht: Sie sind weder auf Bundesebene vollständig erfasst, noch kennen wir sie auf Länder- und auf der kommunalen Ebene.

Kameralistik ade in Weyarn

Die Kameralistik ist überholt. Trotzdem zögern die meisten Kommunen, sie abzuschaffen und durch ein modernes staatliches Rechnungswesen zu ersetzen.

Den dazu nötigen Mut hat die Gemeinde Weyarn bewiesen – und es hat sich gelohnt.

Bürgerhaushalt sorgt für Transparenz der Einnahmen und Ausgaben

Für Bürgermeister Pelzer lag die Hauptmotivation für die Umstellung von der Kameralistik auf ein kaufmännisches Rechnungswesen darin, Transparenz bei den Einnahmen und Ausgaben und der Ressourcenverbrauch der Gemeinde sowie bei der Entwicklung ihres Vermögens herzustellen. Erst wenn diese Offenheit hergestellt ist, können die Gemeindeglieder und die Verwaltung sachgerecht darüber befinden, welche Ausgaben sinnvoll sind, weil man dann die vollständigen Kosten kennt. Daher ist die richtige und vollständige Bilanzierung aller Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde sowie ihres Vermögens die Grundvoraussetzung für die darauf aufbauenden Schritte mit dem Ziel, letztlich Kosten und Nutzen einer Maßnahme – soweit möglich – zuordnen zu können.

Bürgermeister Pelzer: *„Mit dieser Umstellung streben wir einen Bürgerhaushalt an. Der Bürger soll in die Lage versetzt werden, die Aufstellung des Gemeindehaushalts mit zu beeinflussen, insbesondere Prioritäten setzen zu können.“*

„Nur wenn vollständige Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben und der Ressourcenverbrauch der Gemeinde besteht, versteht der Bürger auch, warum er als Steuerzahler seinen Scheffel in die Gemeindekasse abliefern soll.“



Das Rathaus der Gemeinde Weyarn – moderne Strukturen bringen bessere Ergebnisse

Umstellung ist erst Aufwand – Nutzen folgt später

Mut braucht man für diesen Umstellungsprozess auch deswegen, so Bürgermeister Pelzer, weil am Anfang hauptsächlich Kosten, Mühen und Anstrengungen stehen. Und: *„Neues verursacht zunächst Abwehr“*, so der Bürgermeister. *Eine wesentliche Herausforderung sei es gewesen, für Akzeptanz innerhalb der Gemeindeverwaltung und bei den Bürgern zu sorgen. Dazu sei viel persönliche Überzeugungsarbeit nötig und vor allem müsse ein ständiger Informationsfluss hergestellt werden. Denn von vielen werde die neue Organisation erst einmal in Frage gestellt*, beklagt Pelzer. Schnittstellenprobleme, Effizienzdefizite und Fehlorganisationen müssten beseitigt werden. Mitarbeiter müssten überzeugt und entsprechend qualifiziert werden. Das alles verlange Umgewöhnung, es entstünden neue Hierarchien, die letztendlich aber für klarere Zuständigkeiten sorgten. Pelzer:

„Wenn man es macht, ist es ganz wichtig, die gesamte Verwaltung einer Kommune mitzunehmen. Dann entsteht ein Prozess von vielen neuen, kreativen Gedanken, von denen uns jeder ein Stück wirtschaftlicher machen.“

Nicht nur das Mitnehmen der Verwaltung ist wichtig, auch die Bürger müssen überzeugt werden. Das bedeutet andauernde Information, Werben für Ziele und das Setzen von Zeitzielen. Erleichtert wurde der Umstellungsprozess in der Gemeinde Weyarn durch den hohen Anteil an selbstständigen Unternehmern in der Gemeinde und im Gemeinderat. Pelzer: *„Ein Selbstständiger ist kaufmännisches Denken gewohnt. Ihm ist die Kameralistik fremd, unverständlich und daher nicht vermittelbar. Auch die Gemeinde ist als Unternehmen zu sehen und der Gemeinderat ist der Vorstand.“*

Bei Vermögensbewertung Hilfe durch Experten empfohlen

Als größte Schwierigkeit hätten sich die Vermögenserfassung und Bewertung, insbesondere der Straßen erwiesen. Für eine kleine Gemeinde wie Weyarn ist es der einzig sinnvolle Weg, sich dazu externer Fachleute zu bedienen. Bürgermeister Pelzer empfiehlt diesen Weg auch für die Bewertung der Gebäude. Für eine relativ kleine Gemeinde sei es eben nicht sinnvoll, selbst dafür Fachleute zu haben oder diese heranzubilden.

Pragmatisches Vorgehen empfohlen

Gerade die vor der Erstellung der Eröffnungsbilanz zu lösenden Vermögenserfassungs- und Bewertungsprobleme halten viele Gemeinden davon ab, von der

Kameralistik wegzugehen und ein modernes Rechnungswesen einzuführen. Entscheidend ist, so Bürgermeister Pelzer, die hierzu nötigen Schritte im Einzelnen zu dokumentieren und damit Transparenz und Nachvollziehbarkeit herzustellen, und vor allem ein pragmatisches Vorgehen.

„Man muss den Aufwand immer im Verhältnis zum Nutzen sehen“ so Bürgermeister Pelzer. Im strengen Sinn könne man Straßen, öffentliche Gebäude, Denkmäler und Kunstwerke sowieso nicht auf den Euro genau bewerten. Aber, so der Bürgermeister: *„Näherungswerte reichen für eine gute Planung in der Regel aus“*.

Bewertungsleitfaden des BBIV und der vbw wäre eine große Hilfe gewesen

Insgesamt musste bei der Erfassung und Bewertung des gemeindlichen Vermögens eben Pionierarbeit geleistet werden, die immer mit der Unsicherheit verbunden ist, ob sie hinterher einer genauen Prüfung auch standhält. Genau deswegen wäre ein Bewertungsleitfaden, der hier Orientierung bietet, eine große Hilfe gewesen. Der im Auftrag des Bayerischen Bauindustrieverbandes und der vbw zusammen mit dem Bayerischen Innenministerium, dem Kommunalen Prüfungsverband, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Städtetag erstellte Bewertungsleitfaden für Kommunen wird zur Jahresmitte 2007 erscheinen und dann für alle bayerischen Kommunen verfügbar sein.

Eigenverantwortung der Kommunen erst auf Basis der richtigen Zahlen

Wenn man diesen Umstellungsprozess bewältigt habe, ernte man sehr schnell die Vorteile. Und diese seien umfangreicher, als man es vorher erwarten durfte. Mehr Eigenverantwortung der Kommunen sei schon deswegen nötig, weil trotz wieder sprudelnder Steuereinnahmen die Steuertöpfe der Kommunen keineswegs üppig gefüllt seien. Und um richtig sparen zu können, brauche man eine verlässliche Datenbasis. „Einnahmen, Ausgaben, Rücklagen, das Eigenkapital – all das muss klar erfasst sein.“

Anders als in der Kameralistik hilft auch falsches Sparen, nämlich unterlassene Investitionen, nicht mehr weiter. Stattdessen muss im konsumtiven Bereich umstrukturiert werden, so Pelzer.

Pickup statt Unimog – richtig gespart

Wie wenig Bewusstsein für interne Ausgaben bislang herrschte, erläutert Bürgermeister Pelzer am Beispiel des zweiten Unimogs der Gemeinde.

Bei genauer Betrachtung der Kosten und der Einsatzmöglichkeiten eines zweiten Unimogs des Bauhofs habe sich ergeben, dass dieser bislang höchst unwirtschaftlich eingesetzt worden sei: Beim Schneeräumen wären Private um 10 Euro pro Stunde billiger. Für viele Transporte benötige man keinen teuren Unimog. Als Ergebnis habe sich herausgestellt, dass Schneeräumen durch Private und der Kauf eines weit billigeren Pickups bessere Lösungen seien.



*Sparen richtig verstanden:
Der neue Pickup – billiger und besser*

Mehr Leistungen an die Vereine als von diesen wahrgenommen

Ähnlich bei der Vereinsförderung: Bislang erschien der kameral verbuchte Zuschuss an die Vereine diesen als relativ gering. Nicht erfasst wurden dabei aber versteckte Dauerkosten und unentgeltliche Dienstleistungen der Verwaltung für die Vereine. Bei der Vollkostenbetrachtung müssten aber genauso diese Kosten sowie die nicht verlangten Raummieten und andere Kosten als Vereinsförderung angesehen werden. Erst dann entstehe ein zutreffendes Bild. *„Mit diesen Werten waren auch die Vereine zufrieden“*, so Bürgermeister Pelzer.

Folgewirkungen

Weiteres Beispiel ist die Betreuung des 50 qm großen Kanalnetzes. Hierzu wären zwei Gemeindebedienstete notwendig gewesen. Deshalb hat die Gemeinde die Betreuung des Kanalnetzes in die Hände eines Dienstleisters gegeben. Der Kostenaufwand beläuft sich auf ca. 50.000 Euro pro Jahr und ist damit weitaus niedriger mit eigenem Personal. Vor allem ist er kalkulierbar.

Man kann so dem Bürger besser vermitteln, was eine Maßnahme wirklich kostet und ob der gewünschte Standard immer sinnvoll ist. So ist es möglich von einem gewissen Anspruchsdenken der Gemeinde abzurücken.

Neues Bewusstsein schaffen

Die Doppik verändere in erster Linie das Bewusstsein über die Kostenstruktur einer Gemeinde, so Pelzer. Man erhalte einen Gesamtüberblick über Ressourcenverbrauch und Wertverlust. Einem „Überdie-Verhältnisse-Leben“ wird so vorgebeugt. Mit der Neuorganisation entstehen mehr Steuerungsmöglichkeiten und somit auch bessere lang- und mittelfristige Planungsmöglichkeiten. Durch die Budgetierung erhalten die Kommunen automatisch mehr Eigenverantwortung, die ein Nachdenken über Kosten und Ausgaben fördert und somit eine organisierte Verwaltung hervorbringt.

Aufbauend auf der Vermögenserfassung und Bewertung können Produkte definiert und diesen Kosten und Erträge zugeordnet werden. Auch daraus ergeben sich oft Ansätze für Verbesserungen – ein ständiger Lernprozess. Entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Umstellung seien die Vorgabe und Einhaltung eines straffen Zeitplanes, so Pelzer, sowie ein entsprechender Teamgeist.

„Die Kommunen haben bisher überhaupt nicht über Liquidität nachgedacht“, stellt Bürgermeister Pelzer fest. Wenn man die Kosten und Erträge kenne und zuordnen könne, seien weitere Möglichkeiten des Outsourcing oder der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden denkbar, so Herr Pelzer. Die Gemeinde könne sich dann auf ihre eigentlichen Aufgaben, die hoheitlichen, konzentrieren.

„Finanzchef“ löst „Kämmerer“ ab

„Wenn dieser Umstellungsprozess abgeschlossen ist, wird es den Begriff Kämmerei nicht mehr geben“ verkündet Pelzer. *„Der Kämmerer heisst dann Finanzchef“*. So soll auch die Semantik den Übergang zu einem modernen Rechnungswesen und einem neuen Wirtschaftsdenken in der Gemeinde kennzeichnen.

Sanierungsdefizit Kanäle Bayern rund 6,7 Mrd. Euro

In Bayern hat sich ein mittelfristiger Sanierungsbedarf bei öffentlichen Kanälen von rund 6,7 Milliarden Euro aufgestaut. Zum Abbau dieses Sanierungsdefizites sollten langfristige Kooperationsverträge mit Kanalbaufirmen und PPP-Modelle herangezogen werden.

16.000 km öffentliche Kanäle sind defekt

Der ermittelte Anteil defekter öffentlicher Kanäle von 19,6 %, der kurz- bis mittelfristig saniert werden muss, entspricht für Bayern einer Länge von 16.000 km. Bei durchschnittlichen Sanierungskosten von 420 Euro/m ergibt sich ein mittelfristiger Gesamtsanierungsbedarf für Bayern von etwa 6,7 Mrd. Euro.

Dies ist eine der zentralen Aussagen, die ein Bericht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz an den Bayerischen Landtag vom April 2006 enthält, der jetzt bekannt geworden ist und dem Bayerischen Bauindustrieverband vorliegt.

Dieser Bericht geht auf einen Beschluss des Bayerischen Landtags vom 14.12.2005 (Ds 15/4502) zurück, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über das Sanierungspotential und den Sanierungsbedarf von Abwasserkanälen zu berichten. Dabei seien insbesondere folgende Fragestellungen von Bedeutung:

- Zustandserfassung der Kanäle mit Hausanschlüssen;
- Auswirkungen auf Boden und Grundwasser;
- Technologien zur Sanierung;
- Verfahren zum Nachweis der Dichtigkeit von Abwasserleitungen;
- Vergleich über entsprechende Aktivitäten anderer Länder.

Maßgebliche Initiatoren dieses Landtagsbeschlusses sind die Abgeordneten Henning Kaul und Max Weichenrieder, mit denen der Verband bereits mehrere Gespräche u.a. zur Situation der Kanäle in Bayern und deren Sanierungsbedürftigkeit geführt hat.

Baldige Sanierung bei 20 Prozent der Schadensfälle erforderlich

Zu dem diesbezüglichen Sanierungsaufwand nimmt der Bericht wie folgt Stellung:

Konkrete Erhebungen über den Aufwand für erforderliche Sanierungsmaßnahmen für undichte Abwasserkanäle und -leitungen lägen für Bayern nicht vor. Anhand gewonnener Erkenntnisse über die durchschnittliche Situation in Deutschland, die auf einer DWA-Umfrage bei deutschen Kommunen im Jahr 2004 beruhen, könnten für Bayern Abschätzungen getroffen werden. Bei der Umfrage seien 187 Kommunen mit insgesamt 22,7 Mio. Einwohnern (27,5 % der Bundesbürger) befragt worden. 12,5 % der erfassten Einwohner lebten dabei in Bayern. Es hätten sich folgende Ergebnisse für öffentliche Sammelkanäle ergeben:

- Alter der Kanäle: Ca. 30 % < 25 Jahre, ca. 70 % < 50 Jahre,
- häufigste Schadensbilder: Schadhafter Anschluss, Risse,
- 19,6 % der Kanäle wiesen Zustandsklassen 0 bis 2 auf (sofortiger, kurz- und mittelfristiger Sanierungsbedarf), 21,5 % der Kanäle wiesen Zustandsklasse 3 (langfristiger Sanierungsbedarf) auf,

■ die durchschnittlichen Sanierungskosten betragen bisher 540 Euro/m, die künftigen spezifischen Sanierungskosten würden mit 420 Euro/m geringer geschätzt, da durch die Weiterentwicklung kostensparender Sanierungstechniken aufwändige Erneuerungsmaßnahmen, bei denen defekte Leitungen freigelegt und ausgewechselt werden müssten, eingespart werden könnten.

Bezüglich der Grundstücksentwässerungsleitungen ergäben sich folgende Erkenntnisse:

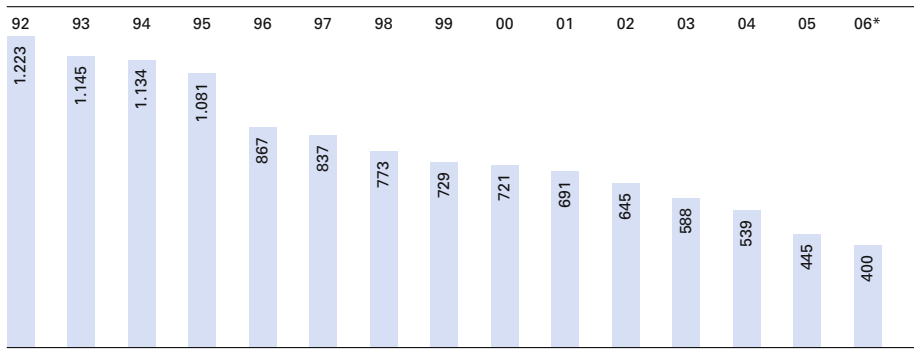
- Die Leitungen seien ca. doppelt so lang wie das kommunale Netz,
- Prüfungen zur Neubauabnahme erfolgten nur bei 46 % der Netzbetreiber,
- wiederkehrende Untersuchungen erfolgten nur bei 6 % der Netzbetreiber,
- der mittlere Turnus der wiederkehrenden Untersuchungen betrage ca. 13 Jahre.

Industrielle Abwasserkanäle seien in die Erhebung nicht mit einbezogen worden.

Untersuchungen zeigten, dass durch undichte Kanäle ungereinigtes Abwasser in einer Größenordnung von 1 bis 5 % der gesamten Jahresschmutzwassermenge in den Untergrund und unter ungünstigen Umständen auch ins Grundwasser gelangen könnten. Damit würden zwar frühere Einschätzungen relativiert, aufgrund des verbleibenden Schadenspotentials sei aber dennoch die Weiterführung der Überprüfung und Sanierung von Kanälen erforderlich.

Ausgaben bayerischer Gemeinden für Abwasserbeseitigung seit 1992 gedrittelt

Kassenergebnisse, in Mio. Euro



2006/1992: – 823 Mio. Euro; – 67,3 %

*Zahlen für 2006 vorläufig

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

Moderne Technik verbilligt Sanierung

Mittlerweile gebe es eine Vielzahl von Techniken zur Sanierung von undichten Kanälen, die aufwändige Baggerarbeiten entbehrlich machten. Die Kosten für künftige Reparaturmaßnahmen ließen sich daher im Vergleich zu früher deutlich senken.

Die Dichtheitsprüfung von Abwasserleitungen könne über Infiltrations-, Wasserdruck-, Luftüberdruck- oder Luftunterdruckprüfungen erfolgen. Hilfestellung bei der Wahl des Verfahrens und der Ausführung der Prüfung leiste dabei das Merkblatt 4.3/6 des Bayerischen Landesamts für Umwelt.

Mit Bayern regelten insgesamt acht Bundesländer in eigenen Verordnungen den Umfang der Eigenüberwachung von Kanalisationen. Die darin enthaltenen Anforderungen an Art und Häufigkeit der durchzuführenden Untersuchungen seien teilweise niedriger, teilweise aber auch höher als in Bayern. Bei den durchgeführten Untersuchungen seien Schadensraten gefunden worden, die meist deutlich unter 30 % der untersuchten Kanalstrecke lägen. Bei Grundstücksentwässerungsanlagen liege dieser Wert jedoch erheblich höher. Genauere Angaben über den Umfang der bisher durchgeführten Überprüfungen von öffentlichen Kanälen und Grundstücksentwässerungsanlagen lägen kaum vor.

Sanierung mit neuen Lösungswegen

Bestärkt durch die Feststellungen in diesem Bericht wird der Bayerische Bauindustrieverband weiterhin gegenüber Politik und Verwaltung auf den hier vorliegenden enormen Sanierungsbedarf hinweisen und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen einfordern. Konstruktive Lösungsansätze sieht der Verband mit den im Kanalbau tätigen Mitgliedsfirmen in längerfristigen Kooperationsverträgen zwischen öffentlichem Auftraggeber und Privatunternehmen. Unter Heranziehung von Lebenszyklusbetrachtungen lassen sich – wie PPP-Projekte insbesondere bei Hochbaumaßnahmen zeigen – erhebliche Effizienzpotentiale erzielen.

Innovative Vertragsgestaltungen

Hier sollten vor allem Konzepte im Vordergrund stehen, die durch langfristige kluge Aufgaben- und Risikoverteilung zwischen Kommune und privatem Partner nicht unerhebliche Effizienzvorteile erzielen.

In Betracht kommen hier im Bereich Wasser und Abwasser insbesondere:

- Kombinierte Bau- bzw. Sanierungs-, Wartungs- und Unterhaltsverträge
- Betreibermodelle für kommunale Kläranlagen (z.B. Betreibermodell Kläranlage Bad Wörishofen)
- Betreiberverträge zur Wasserver- und Abwasserentsorgung
- Gesellschaftsrechtliche Kooperationsmodelle im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung.



PPP-Leitfaden Teil 1 „Grundlagen“



PPP-Leitfaden Teil 2 „Rechtliche Rahmenbedingungen und Finanzierung“

M6 Duna – gelungenes PPP-Bauwerk in Ungarn

In weniger als zwei Jahren wurde die 60 km lange Autobahn M6 Duna in Ungarn instandgesetzt. Die M6 ist eine wichtige Lebensader der Wirtschaftsregion zwischen Érd und Dunaújváros. Und sie ist beispielhaft für erfolgreiches PPP-Bauen.

Ungarns Ministerpräsident Gyurcsány und Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Korka eröffneten am 11.6.2006 feierlich die Autobahn M6 Duna – eine meisterliche Ingenieurleistung und ein gelungenes PPP-Projekt.

Die Fertigstellung des 60 km langen Autobahnabschnitts M6 ist ein wichtiger Meilenstein für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zwischen Érd und Dunaújváros. Nur 18 Monate nach der Auftragserteilung im Oktober 2004 mit einem Auftragsvolumen von 395 Mio. Euro wurde die Autobahn Ende März 2006 in Betrieb genommen. Sechs Monate später war sie fertig gestellt.

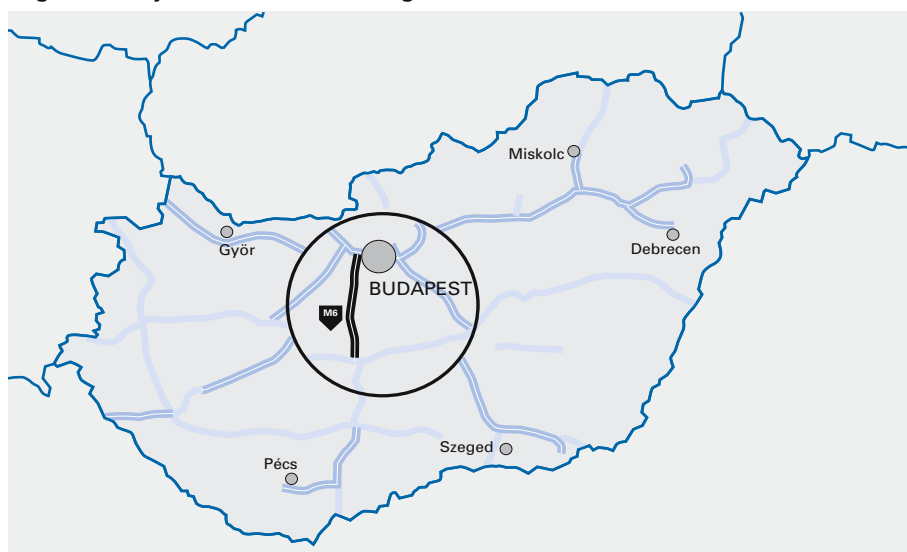
Finanziert über Vignette

Basis der Finanzierung ist die Vignette. Der Staat setzt die Höhe des Nutzungsentgeltes fest. Dieses fließt in voller Höhe an den öffentlichen Sektor und wird dann an die Betreibergesellschaft weitergereicht. Zuvor prüft der Staat aber, ob die Betreibergesellschaft die geforderte Leistungsqualität erbracht hat. Das Mautsystem „Pay per use“ steht kurz vor der Ausschreibung.

Leistungsabhängiges Verfügungs-entgelt als Anreizsystem

Kern jedes erfolgreichen PPP-Projektes ist die anreizgerechte Risikoaufteilung. Risiken wie die Verfügbarkeit des Baugeländes, Verkehrsnachfrage, Inflation, diskriminierende Gesetzgebung verbleiben beim M6 Duna-Projekt beim ungarischen Staat. Zwischen den Partnern geteilt werden die Risiken erhöhter Versicherungskosten, Rechtsänderungen und höhere Gewalt. Die M6 Duna-Konzessi-

Lage des Projektes M6 Duna in Ungarn



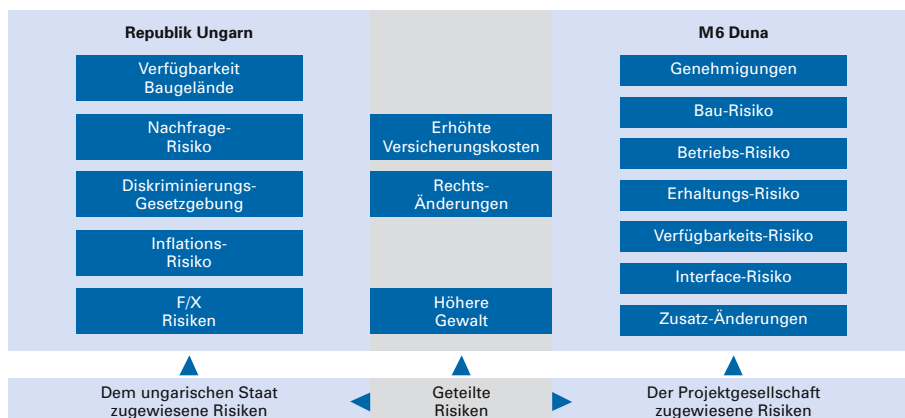
Die wichtigsten Projektdaten

■ Autobahnlänge	58,6 km für M6 und M8
■ Projektvolumen	ca. 500 Mio. Euro
■ Baukosten	ca. 400 Mio. Euro
■ Konzessionsdauer	22 Jahre (einschließlich 18 Monate Kern-Bauzeit); einmalige Verlängerung um 11 Jahre möglich.

onsgesellschaft trägt das Baurisiko, das Betriebsrisiko, das Erhaltungsrisiko und insbesondere das Risiko der Verfügbarkeit des konzessionierten Autobahnabschnittes entsprechend den vertraglich geregelten Anforderungen. Dafür hat sie Anspruch auf ein leistungsabhängiges Verfügbarkeitsentgelt. Dafür hat sich der Staat auf ein rigoroses Leistungspunkte-System festgelegt: Kriterien sind z. B. Zahlung ausschließlich im Falle der Verfügbarkeit, Berücksichtigung der Verkehrssicherheit, Abzüge für Fahrbahnspernung wegen routinemäßiger

Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten und wegen großer Erhaltungsarbeiten (abhängig von Länge, Art und Richtung der gesperrten Fahrbahn, Dauer, Tages- und Jahreszeit der Sperrung), Zahlung eines projektbezogenen „Baumaterial (Schlacke)“-Entgeltes und Zusatzzahlung bei überproportionaler Entwicklung des Schwerverkehrs. Insgesamt motivieren die auf Verfügbarkeit basierenden, leistungsabhängigen potentiellen Abzüge zur Übererfüllung der vertraglichen Anforderungen an Zustand und Benutzbarkeit des Konzessionsgegenstandes M6-Autobahn.

Risikoverteilung
gemäß Konzessionsvertrag



Verfügbarkeitsmodell ermöglicht dem Staat bessere Planbarkeit

Das Verfügbarkeitsmodell bietet zahlreiche Vorteile. Es ist einfach aufgebaut, mit klaren Schnittstellen zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Insgesamt findet eine deutliche Risikoübertragung an den Privatsektor statt. Das Verfügbarkeitsmodell „M6 Duna“ setzt starke Anreize für die Optimierung der Projektkosten und -leistungen über die gesamte Konzessionslaufzeit von 22 Jahren. Dafür sorgen der Wettbewerb der Konzessionsbieter in der Ausschreibungsphase, der unmittelbar über den Barwert der Verfügbarkeitszahlungen erfolgt, sowie der direkte Einfluss des Privatsektors auf die ihm übertragenen Risiken während der Konzessionslaufzeit. Durch den von der Erfüllung der Leistungskriterien abhängigen Zahlungsmechanismus eröffnet sich dem öffentlichen Sektor ein wirkungsvolles Instrument zur Kontrolle der Leistungserfüllung. Eine aktive Beteiligung des öffentlichen Sektors an der Konzessionsgesellschaft ist daher nicht notwendig.

Dem Staat Ungarn bietet das Modell den Vorteil, mit begrenzten jährlich budgetierten Ausgaben kalkulieren zu können. Dem öffentlichen Sektor verbleibt das Verkehrsrisiko. Von positiven Verkehrsentwicklungen kann er andererseits unmittelbar profitieren. Absolut gesehen leistet der Privatsektor in Form von Eigen- und Fremdkapital einen signifikanten Beitrag zur Finanzierung und Realisierung dieses Infrastrukturprojekts.

Auch für Deutschland geeignet

Das Verfügbarkeitsmodell funktioniert leistungsabhängig. Die Zahlung eines Verfügbarkeitsentgelts bemisst sich damit im Vergleich zu den anderen öffentlich und privat betriebenen Autobahnen in Ungarn an der Verkehrssicherheit. Die klare Zuordnung der Verantwortung bietet dem Nutzer der konzessionierten Autobahn mehr Sicherheit auf der Straße und dem Staat mehr Planbarkeit bei seinen Finanzen. Ein Zukunftsmodell auch für Deutschland.

IKOM 2007 an der TU München

Erstmals konnten sich künftige Bauingenieure und Architekten auf der Industriekontaktmesse IKOM an der TU-München über den Berufseinstieg in der Bauindustrie praxisnah informieren. Das Angebot wurde rege genutzt.

Am BBIV-Infostand: Reges Interesse an den bereitgestellten Informationsmaterialien



Große Resonanz fand die am 31.1.2007 zum ersten Mal an der TU München durchgeführte Industriekontaktmesse für Studentinnen und Studenten des Bauingenieur- und Vermessungswesen und der Architektur. Initiiert und mit interessanten Statements begleitet wurde dieses Karriereforum Bau vom Dekan der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen, Prof. Dr.-Ing. Norbert Vogt, und von Prof. Dr.-Ing. Gerhard Müller, Ordinarius am Lehrstuhl für Baumechanik der TU München.

Den Studierenden wurde damit Gelegenheit gegeben, frühzeitig eine Grundlage für ein Netzwerk mit potentiellen Arbeitgebern aus der Bauindustrie zu legen. Mitgliedsunternehmen der bayerischen Bauindustrie sowie unser Verband waren mit Informationsständen auf dieser Messe vertreten.

Im Ergebnis fand ein intensiver und fruchtbringender Dialog zwischen den jobsuchenden künftigen Bauingenieurabsolventen und den beteiligten Industrieunternehmen, Kammern und Verbänden statt. Im Zeichen der guten Baukonjunktur werden die Arbeitsplatzchancen für die zukünftigen Bauingenieure von allen

Messebeteiligten besonders positiv eingeschätzt. Höhepunkt der IKOM 2007 war die Abschlussveranstaltung mit interessanten Vorträgen von Vertretern aus der öffentlichen Bauverwaltung, der Bauindustrie und von den Beratenden Ingenieuren. Zu den Berufsaussichtschancen für zukünftige Bauingenieure sprachen Dipl.-Ing. Ulrich Dick, Vorsitzender der Geschäftsleitung der HOCHTIEF Construction AG, München, Dr.-Ing. André Müller, Geschäftsführer der Zilch + Müller Ingenieure GmbH, München sowie Ministerialdirektor Josef Poxleitner, Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern.

Angerhof in München – am Bauprojekt Praxis lernen

Das Bauprojekt Angerhof in München verdeutlichte den Teilnehmern des 20. TU Projektseminars 2006/07 die Herausforderung und Faszination des industriellen Bauens.



Blick auf die Baustelle Angerhof in München

Über 40 Studentinnen und Studenten absolvierten das Projektseminar 2006/07, eine Gemeinschaftsinitiative des Lehrstuhls Bauprozessmanagement der TU München und des Trägervereins „Projektseminare an der TU München“ des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. unter dem Vorsitz von Dipl.-Ing. Gerhard Thielen. Im Mittelpunkt des Seminars stand in Vorträgen und Diskussionen diesmal das technisch sehr anspruchsvolle Bauprojekt „Angerhof“ in München, welches von Dipl.-Ing. Wolfgang Roeck, Geschäftsführender Gesellschafter der WÖHR + Bauer GmbH, München, initiiert und umgesetzt wird. In den Vorlesungen und bei Baustellenexkursionen wurden den beteiligten Bauingenieurstudenten alle wichtigen Bauphasen dieses Projektes, angefangen von der Planung und Genehmigung,

der Bausführung, der Vertragsabwicklung bis hin zur vorgesehenen Vermarktung und Vermietung, detailliert von Baupraktikern erläutert. Dieses 20. Projektseminar verdeutlichte eindrucksvoll die Vielzahl der an einem solchen komplexen Bauprojekt beteiligten Partner und der damit verbundenen Schnittstellen in einem solchen Bauprozess.



Prof. Dr. Mayer und Dipl.-Ing. Roeck überreichen die Urkunden

Höhepunkt war auch diesmal wieder die gemeinsame Abschlussveranstaltung am 6.2.2007, bei der alle am Projekt beteiligten Partner sich mit den Bauingenieurstudenten persönlich austauschen konnten. In seiner Begrüßung bedankte sich Prof. Dr.-Ing. Josef Zimmermann, Ordinarius am Lehrstuhl für Bauprozessmanagement der TU München, bei allen Beteiligten und präsentierte den Anwesenden den geplanten neuen Masterstudiengang CORE (Construction and Real Estate Management).

Wichtigste Voraussetzung für qualifizierte Bauingenieure: Kompetenz in der Bautechnik

Die Kernbotschaft des Statements von Dipl.-Ing. Wolfgang Roeck lautete: Bautechnikkompetenz ist immer noch die wichtigste Voraussetzung zur Beherrschung schwieriger Bauprozesse. Sein Credo: „Es ist ungleich schwieriger, technisch komplexe Vorgänge nachzuvollziehen, als wirtschaftlich-rechtliche Grundprinzipien zu erlernen“.

Die Urkundenverleihung – mit den besiegelten Unterschriften des Dekans der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der TU München, Prof. Dr.-Ing. Norbert Vogt und des Präsidenten des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V., Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer – an die am Projektseminar beteiligten Studenten, war krönender Abschluss der Veranstaltung.

Prof. Dr. Peter Eduard Mayer, Fachgebiet für Projektmanagement und Baurecht am Lehrstuhl für Bauprozessmanagement der TU München, fasste das Besondere am diesjährigen Projektseminar in Schlüsselbotschaften zusammen:

- Zwischen Bauen und Marketing gibt es viele Berührungspunkte,
- das diesjährige Projektseminar verdeutlichte die Vielfalt der Berufsbilder am Bau,
- Bauen heißt mehr denn je, interdisziplinär zu denken und zu handeln,
- Bauingenieure sind mitverantwortlich für das Image und damit Botschafter unserer Baubranche.

Die Veranstaltung klang aus mit einem launigen Vortrag zweier Studenten über ihre Eindrücke von diesem Seminar, natürlich schlussendlich begleitet von Weißbier und einem zünftigen Schweinsbraten.

Mitgliederversammlungen Franken und Ostbayern

Die beherrschenden Themen auf den Mitgliederversammlungen 2007 in Franken und Ostbayern waren die Wende am Bau mit der dadurch ausgelösten Schere zwischen Baukosten und Preisen, die Einführung des kooperativen Studiengangs für Bauingenieure und der Erfahrungsaustausch über das Saison-KuG.

Bezirksverband Oberfranken bringt kooperativen Studiengang Bauingenieur/Bauingenieurin in Nord- und Ostbayern in Gang

Der Bezirksverband Oberfranken bestätigte seinen Vorsitzenden, Dipl.-Ing. Horst Klee, bei seiner Mitgliederversammlung am 6.2.2007 in Wirsberg erneut im Amt. Als sein Stellvertreter wird auch in den kommenden zwei Jahren Dipl.-Ing. Karl-Günter Krauß fungieren. Neu in den Beirat des Bezirksverbandes gewählt wurden Herr Dipl.-Ing. Thomas Schreiber aus Bayreuth sowie Dieter Dick aus Hof. Dipl.-Ing. Klaus Rubenbauer aus Kronach wurde ebenfalls im Amt als Beirat bestätigt.

Die Diskussion in Oberfranken befasste sich zunächst ausführlich mit der Baukonjunktur. Nach einer auch in Oberfranken teilweise spürbaren Nachfragesteigerung in der Jahresmitte 2006 war jedoch angesichts der seit September insgesamt rückläufigen Ausschreibungstätigkeit der öffentlichen Bauherren zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung eine Menge Skepsis im Zuge der Diskussion zu hören. Vor allem die Preise für Rohbauleistungen verharren in Oberfranken nach wie vor auf niedrigem Niveau. Der Bezirksverband Oberfranken forderte vor allem die öffentlichen Bauherren auf, mit einer Erhöhung und Verstetigung der Baunachfrage nachhaltig für eine Stabilisierung der Lage am Bau zu sorgen.

Saison-KuG positiv bewertet

Ein ausführlicher Erfahrungsaustausch zum neu eingeführten Saison-Kurzarbeitergeld zeigte ein positives Bild. So waren im Ver-

bands Umfeld aufgrund dieser neuen Möglichkeit deutlich weniger Rechtsstreitigkeiten verzeichnet worden. Bei den Bauunternehmen in Oberfranken hat sich der Einsatz des Saison-Kurzarbeitergeldes weitgehend als positive Maßnahme bewährt.

Im Ergebnis eines zusammenfassenden Vortrages von RA Walter Schlund zu Neuerungen im Vergaberecht, namentlich VOB/A und VOB/B, diskutierte der Bezirksverband Oberfranken die sich hieraus ergebenden Folgen für die betriebliche Praxis.

Kooperativer Studiengang

Nach Präsentation der nunmehr erreichten Einführung des kooperativen Studienganges der Bayerischen Bauindustrie Bauingenieur/Bauingenieurin auf Initiative von Mitgliedsunternehmen in Oberfranken und der Fachhochschule Coburg ist es nach Ansicht des Bezirksverbandes Oberfranken wichtig, mit dieser neuen und sehr attraktiven Studienmöglichkeit aktiv in die Vermarktung zu treten. Dipl.-Ing. Karl-Günter Krauß schilderte die Diskussionen zum Zustandekommen dieses neuen Studienganges und die Mitglieder waren sich einig, dass mit dieser neuen Möglichkeit große Hoffnungen auf einen Aufbau eines Führungskräftenachwuchses verbunden sind.

Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Mittelfranken

Unter dem Vorsitz des wieder gewählten Bezirksvorsitzenden Dr. Veit Walthelm tagte der Bezirksverband Mittelfranken am 28.2.2007 in Wetzendorf.

Erwartungsgemäß nahm auch in Mittelfranken die Diskussion des herausragenden Baujahres 2006 breiten Raum in der Diskussion unter den Mitgliedern ein.

Die mit der Erhöhung der Preise für Vorleistungen, Baustoffen und -geräten verbundenen Probleme, besonders bei länger laufenden Bauprojekten, machen zahlreichen Mitgliedern in der Metropolregion durchaus zu schaffen. Jedoch war hinsichtlich der künftigen privaten und gewerblichen Baunachfrage in Mittelfranken auch Optimismus zu hören. Große Unterstützung im Kreise der Mitglieder fand eine aktuell auf Ebene des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie begonnene Arbeit zur Schaffung von sinnvollen Mindestbedingungen für den Wettbewerb im Wirtschaftsbau. In diesem Bereich sei in besonderer Weise das Engagement des Verbandes erforderlich, da die Unternehmen ansonsten immer wieder in ruinöse Wettbewerbe eintreten müssten. Die Vorbilder aus dem Bereich des Spezialtiefbaus gäben Grund zur Hoffnung auch für den Wirtschaftsbau.

Die Wahl zum neuen Vorstand und Beirat des Bezirksverbandes Mittelfranken brachte einige Neuerungen. Zum Stellvertreter des Vorsitzenden Dr. Veit Walthelm wurde Dipl.-Ing. Michael Schmidberger aus Nürnberg neu gewählt. Neu in den Beirat des Bezirksverbandes Mittelfranken gewählt wurden Dipl.-Ing. Adalbert Benz aus Wendelstein sowie Dipl.-Ing. Karl-Heinz Kraus aus Eltersdorf. Dipl.-Ing. Frank Laumann aus Eckental und Dipl.-Ing. Klaus Salhoff aus Nürnberg sind in ihren Ämtern im

Beirat des Bezirksverbandes Mittelfranken bestätigt worden.

Darüber hinaus befasste sich der Bezirksverband Mittelfranken auf seiner Mitgliederversammlung mit Fragen der Neuerung des Bauvertragsrechtes und der Umsetzung der Neuen Saison-Kurzarbeitergeldregelung für Mittelfranken. Die bereits recht positiv verlaufenen Kontakte mit den Fachhochschulen, insbesondere auch der Fachhochschule in Nürnberg im Zuge der Einführung des kooperativen Studienganges Bauingenieur/Bauingenieurin rundeten die Mitgliederversammlung ab.

Bezirksverband Unterfranken im Kloster

Die modernen Tagungsmöglichkeiten des Exerzitienhauses im Kloster Himmelspforten in Würzburg boten dem Bezirksverband Unterfranken hervorragende Bedingungen zur Durchführung seiner Mitgliederversammlung mit Wahlen, heuer schon am 31.1. Wo sonst jährlich die deutsche Bischofskonferenz tagt, konnte der erwartungsgemäß in seinem Amt bestätigte Vorsitzende Dipl.-Ing. Wolfgang Löhe auf ein ereignisreiches und erfolgreiches Verbandsjahr 2006 in Mainfranken zurückblicken.

Neu zum Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dipl.-Ing. Wilfried Rössel gewählt. Ebenfalls neu rückte Dipl.-Ing. August Schneider in den Bezirksverbandsbeirat ein. In ihren Beiratsämtern bestätigt wurden Dipl.-Ing. Harald Dosch, Dipl.-Ing. Otto-Peter Heil, Dipl.-Ing. Wolfgang Hörnig und Dipl.-Ing. Michael Löhe.

Erfolgreiche Verkehrskonferenz „Mainbrücken in Not“

So hat die am 11.10.2006 in Würzburg durchgeführte Verkehrskonferenz „Mainbrücken in Not“ und diverse Kontakte mit Politikern und der Presse das eine oder andere bewegt. Mit der erfolgten Ausschreibung mehrerer Mainbrücken als PPP-finanzierte Maßnahmen wurden wichtige Schritte zur Bewältigung des enormen Baubedarfes in diesem Bereich getan. Immerhin hat der Staat so die Notwendigkeit zum raschen Handeln anerkannt. Doch die Probleme mit den Mainbrücken sind aber mit diesen vier Maßnahmen noch längst nicht behoben. Der Verband muss weiterhin dringend auf Nachhaltigkeit bei den klassischen öffentlichen Bauinvestitionen hinwirken. „PPP ist sicher für bestimmte Projekte hilfreich. Die Infrastruktur braucht aber insgesamt den Staat. Allein in privater Trägerschaft kann die Infrastruktur in Deutschland nicht erhalten oder entwickelt werden.“ so Löhe.

Inhaltlich bestimmte die sehr positive Nachfrageentwicklung vor allem um die Jahresmitte 2006 die Diskussionen in Würzburg. Sorge bereitete die Tatsache, dass trotz unbestrittenem Baubedarf und nennenswerten Investitionsankündigungen in der Region die Zahl der echten Ausschreibungen von September bis Ende Januar wieder rückläufig waren.

Mit seinem auf die wesentlichen Punkte reduzierten, sehr fundierten Beitrag brachte RA Walter Schlund den Mitgliedern die aktuellen Änderungen von VOB/A und VOB/B auf den Punkt. Zahlreiche Anfragen aus dem Kreis der Mitglieder bestätigten tagtäglich die Notwendigkeit, sich in den kritischen Fragen des Vergaberechts klug und vorausschauend zu verhalten.

Bezirksverband Ostbayern wählt Dipl.-Ing. Klaus Donhauser zum neuen Vorsitzenden

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Ostbayern wurde am 14. 2. 2007 in den Räumen des bisherigen Fachbereiches, künftig Fakultät, für Bauingenieurwesen der Fachhochschule Regensburg, durchgeführt. Auf Einladung des Dekans der künftigen Fakultät, Prof. Dipl.-Ing. Andreas Bracher, fand im



Der Vorsitz des Bezirksverbandes Ostbayern geht von Dipl.-Ing. Walter Arnold auf Dipl.-Ing. Klaus Donhauser über

Anschluss an die Mitgliederversammlung ein Meinungs-austausch zum neuen kooperativen Studiengang Bauingenieurwesen statt, der auch an der Fachhochschule Regensburg große Unterstützung erfahren hat. Die Fachhochschule Regensburg wird wie auch die Fachhochschulen Würzburg, Coburg, Nürnberg, Deggen-dorf, München und Augsburg künftig einen siebensemestri-gen Bauingenieur-Studiengang mit dem Abschluss Bachelor of Engineering anbieten. Darüber hinaus bemühen sich die Fachhochschulen derzeit, zusätzlich einen dreisemestri-gen Masterstudiengang zu erarbeiten und künftig als Zusatzangebot für Absolventen des Bachelor-Studienganges zu etablieren. In Regensburg wird der Masterstudiengang zum Thema „Bauen im Bestand“ vorbereitet. An anderen Studienorten geht es um Facility-Management, internationalen Bau und Baumanagement.

Die Mitglieder des Bezirksverbandes Ostbayern sehen in der künftig intensiveren Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen im Zuge der Bauingenieursausbildung eine große Chance und im kooperativen Studiengang Bauingenieurin/Bauingenieur ein hervorragendes Instrument zur Gewinnung von Führungskräftenachwuchs gerade auch an Standorten in Ostbayern.

Baukosten stärker als Baupreise gestiegen

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes befasste sich im internen Teil wesentlich mit der

neuen konjunkturellen und wettbewerbsbedingten Situationen im Ergebnis des Baujahres 2006. Die anziehenden Preise für Stahl, Kupfer, Dämmstoffe, Baugeräte- und Subunternehmerleistungen haben den Unternehmen auch in Ostbayern im vergangenen Jahr erhebliche Probleme bereitet. Gleichzeitig ist die Entwicklung der im Wettbewerb erzielbaren Preise für Bauleistungen noch längst nicht an einem sinnvollen Niveau angekommen.

Positive Bauaussichten

Der Bezirksvorsitzende Dipl.-Ing. Walter Arnold plädierte dennoch für ein hohes Maß an Vernunft sowohl seitens der Bauherren als auch seitens der Bauunternehmen. Die Entwicklung der vergangenen Monate zeige, dass eine Stabilisierung der Baumärkte auch in Ostbayern aktuell abzusehen ist und insofern ist eine Abkehr von den Harakiri-Wettbewerben der vergangenen Jahre in greifbare Nähe gerückt.

Auch Hauptgeschäftsführer RA Gerhard Hess plädierte in seinem Beitrag zur Mitgliederversammlung Ostbayern für eine grundsätzlich zuversichtliche Haltung. Sämtliche Indikatoren deuteten aktuell darauf hin, dass der Standort Deutschland insgesamt im europäischen Umfeld wieder an Attraktivität gewinnt und eine längerfristige Erholungsphase auch für die Baumärkte in Deutschland absehbar sei. Das Petikum des Bayerischen Bauindustrieverbandes, in den öffentlichen Haushal-

ten die Investitionsquote von 15 % wieder zu erreichen und bei den Unternehmen eine Rendite vor Steuern von 5 % zu fordern, gewinne deswegen aktuell wieder große Bedeutung.

Das große Ereignis der Bezirks-Mitgliederversammlung Ostbayern war die Neuwahl des Bezirksvorstands und des Beirats. Nach 14 Jahren im Beirat des Bezirksverbandes Ostbayern und vier Jahren im Bezirksverbandsvorsitz sei es ihm aus persönlichen Gründen leider nicht mehr möglich, diese Funktion weiter auszufüllen, sagte der Bezirksvorsitzende Dipl.-Ing. Walter Arnold. Hauptgeschäftsführer Senator E.h. Gerhard Hess dankte Dipl.-Ing. Arnold für seine sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit in Ostbayern sowie für die zuverlässige Unterstützung der verbandlichen Anliegen auch auf bayerischer und auf Bundesebene.

Zum neuen Vorsitzenden des Bezirksverbandes Ostbayern wurde Dipl.-Ing. Klaus Donhauser aus Schwandorf gewählt. Seinen Stellvertreterposten übernimmt Dipl.-Ing. Claus Arbogast aus Amberg. Neu in den Beirat des Bezirksverbandes Ostbayern gewählt wurden Dipl.-Ing. Jürgen Hutzler aus Waldsassen sowie Hauke Wahlen aus Regensburg. In den Ämtern im Beirat des Bezirksverbandes Ostbayern bestätigt wurden jeweils Dipl.-Ing. Hubert Blaim aus Deggendorf, Dipl.-Ing. Walter Gegenfurtner aus Regensburg, Dipl.-Ing. Franz Leutgäb aus Mintraching sowie Dipl.-Ing. Roland Schreindl aus Hengersberg.

Saison-KuG erfolgreich

Auch im Bezirksverband Ostbayern hat sich die Anwendung der neuen Saison-Kurzarbeitergeldregelung im laufenden Winter weitgehend bewährt. Die ausführliche Diskussion dieses neuen Instrumentariums brachte jedoch als Kritikpunkte einerseits mögliche Probleme mit einer erhöhten Krankenstandsquote während der Saison-Kurzarbeitergeldregelung sowie die Tatsache, dass insbesondere reine Tiefbauunternehmen Probleme mit der Nichtanwendbarkeit von Saison-KuG im Monat April haben.

Sicherheitsaspekte im Bauwerksbestand

Bauen im Bestand ist ein interessantes und herausforderndes Geschäftsfeld für alle Baupartner. Zusammen mit der Ingenieurekammer Bau und der IHK München-Oberbayern hat der Bayerische Bauindustrieverband dazu eine erfolgreiche Seminarreihe durchgeführt. Zuletzt war die Standsicherheit bei großen Hallen und Klinik-Gebäuden das Thema.

Bauen im Bestand gewinnt für Planer wie für Bauausführende immer mehr an Bedeutung. Die Fachkonferenz 5 „Standsicherheit bei Bestandsobjekten“ – eine gemeinsame Seminarreihe der Ingenieurekammer Bau, der IHK München-Oberbayern und des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. – zeigte in drei anschaulichen Fachvorträgen auf, wie die Standsicherheit bei großen Hallen und Klinik-Gebäuden gewährleistet und nachhaltig verbessert werden kann.

60 Teilnehmer informierten sich am 30.11.06 im Haus der Bayerischen Bauindustrie über technische wie organisatorische Aspekte der Standsicherheit beim Bauwerksbestand. Ausgangspunkt dieser Thematik war der tragische Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall am 2.1.2006. Konsequenz dieses Unglücks: Neue Regeln und Verfahren zu definieren, wie die Standsicherheit von großen Hallen und Bestandsgebäuden verbessert werden kann. Hierzu hatte das Bayerische Staatsministerium des Innern im September 2006 entsprechende „Hinweise für die Überprüfung der Standsicherheit von baulichen Anlagen durch den Eigentümer/Verfügungsberechtigten“ veröffentlicht.

Die Fachkonferenz 5 „Sicherheit bei Bestandsobjekten – Standsicherheit und Sicherheit der Nutzer“ widmete sich insbesondere folgenden Fragestellungen: Wo liegen die Sicherheitsdefizite, wenn bei Bestandsbauten laufend Veränderungen vorgenommen werden? Wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt und sind wiederkehrende Bauwerksprüfungen notwendig? Welche Qualifikationen sollten die Überprüfenden haben?

Qualifizierte Bauwerksprüfung als wesentliches Element bei der Standsicherheit von Gebäuden

Dr.- Ing. Peter Henke, Henke + Rapolder Ingenieurgesellschaft mbH, München, ging in seinem Vortrag auf die wesentlichen Elemente und Schritte einer qualifizierten Bauwerksprüfung ein (u.a. Führung eines Bauwerks-/Objektbuches, Vorgehensweise bei der Bauwerksüberprüfung, Qualifikation des Überprüfenden). Im zweiten Fachvortrag beleuchtete

Dipl.-Ing. Andreas Schmidt, METRO Group Asset Management, Düsseldorf, praktische Standsicherheitsaspekte bei großen Hallen aus der Sicht des Betreibers und Eigentümers. Seine Grundbotschaft: Bei ungewöhnlichen Dachlasten (u.a. durch Schnee) sollte eine Reihe von Präventionsmaßnahmen von den Verantwortlichen getroffen werden. Im dritten Vortrag schilderte BD Dipl.-Ing. Rupert Steigenberger sehr anschaulich die Abwicklungsschritte bei der Sanierung eines Krankenhausbaus (Klinikum Rechts der Isar, München) unter laufendem Betrieb. Dabei habe es sich gezeigt, dass in den Bereichen Elektro, Brandschutz und Abwasser hoher Planungs- und Koordinationsaufwand von Nöten sei.

Öffentliche Etats müssen für Bestandssanierungen nachhaltig aufgestockt werden

Im Ergebnis aller Fachkonferenzen wurde deutlich, dass das „Bauen im Bestand“ ein Arbeitsfeld darstellt, welches von allen Beteiligten hohe Fachkompetenzen abfordert. Wirtschaftliche Bestandssanierung bedeutet: „Je früher, desto günstiger“. Die ingenieurmäßige Aus- und Weiterbildung beim Bauen im Bestand muss intensiviert werden. Staat und Kommunen müssen ihre Etats zur Erhaltung der öffentlichen Bauten und der Infrastruktur nachhaltig aufstocken.

Mehr Arbeitsplätze und mehr Baubetriebe

Die alljährlich vom Bayerischen Landesamt für Statistik für das Bauhauptgewerbe durchgeführte Totalerhebung belegt ebenfalls die Wende am Bau: in Bayern Plus bei Arbeitsplätzen, Aufträgen und Umsätzen.

2006: Mehr Arbeitsplätze und mehr Baubetriebe

2006 brachte die Wende am Bau. Aufträge und Umsätze sind gestiegen, und überraschend schnell hat die bessere Baukonjunktur auch die Zahl der Baubeschäftigten erhöht. Dennoch bleibt die bayerische Bauwirtschaft geprägt von den Anpassungszwängen an die seit mehr als einem Jahrzehnt bis einschließlich 2005 rückläufige Baunachfrage. Im Durchschnitt wurden die Betriebe weniger und in allen Betriebsgrößenklassen kleiner. Die Zahl der Großbetriebe hat sich zwischen 1994 und 2006 sogar mehr als halbiert. Der mit zunehmender Betriebsgröße in den letzten Jahren zu beobachtende Ausbau der technischen und kaufmännischen Kompetenz setzte sich auch 2006 weiter fort. Dies bestätigen die Ergebnisse der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für das Bauhauptgewerbe durchgeführten Totalerhebung.

2006: 112 neue Betriebe, 1.542 neue Arbeitsplätze

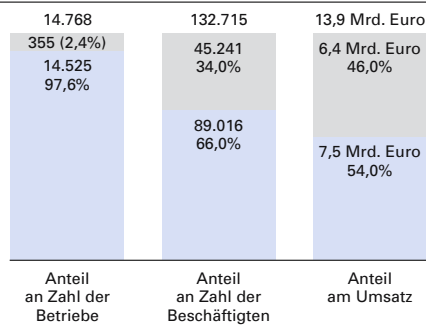
Zur Jahresmitte 2006 zählte der Bau in Bayern 134.257 Mitarbeiter. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 1,2 % bzw. um 1.542 Mitarbeiter. Damit ist die langjährige Talfahrt am Bau beendet. Sie hat seit 1994 rund 107.400 Arbeitsplätze vernichtet. 2006 verzeichneten die Betriebsgrößenklassen ab 20 Mitarbeitern einen Zuwachs, die Betriebe mit 19 und weniger Mitarbeitern hatten dagegen diesmal Einbußen hinzunehmen (-0,3 %).

Die bayerische Bauindustrie 2006:

2,4% der Baubetriebe – 46% des Umsatzes

■ 1 – 49 Beschäftigte
■ 50 und mehr Beschäftigte

Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt, Totalerhebung 2006

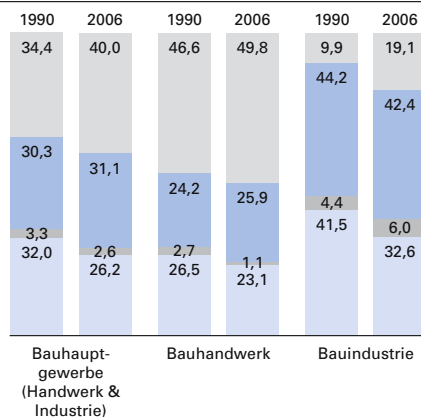


Struktur der Auftraggeber am Bau in Bayern

Anteile am Umsatz in Prozent

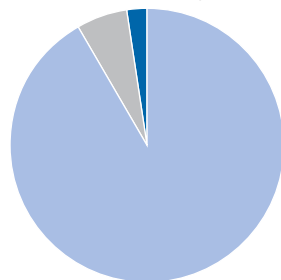
■ Wohnungsbau
■ Wirtschaftsbau
■ Bahn/Post
■ Öffentlicher Bau

Quelle: Bundesamt für Statistik



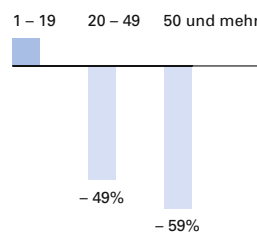
Größere Betriebe haben ihre Kapazitäten erfolgreich nach unten angepasst

14.880 Baubetriebe in Bayern



■ 1 – 19 Beschäftigte 13.632 Kleinbetriebe
■ 20 – 49 Beschäftigte 893 Baubetriebe
■ 50 und mehr Beschäftigte 355 Baubetriebe

Zahl der Großbetriebe hat sich von 1994 bis 2006 mehr als halbiert



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt

Die Betriebe mit 20 bis 50 Beschäftigten stellten um 1,1 % mehr Mitarbeiter ein, die Betriebe mit 50 bis 99 Mitarbeitern um 0,2 % mehr sowie die Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten um 4,8 % mehr.

Zahl der Betriebe in allen Größenklassen gestiegen

Die Wende am Bau zeigt sich auch in der Zunahme der Zahl der Betriebe in allen Betriebsgrößenklassen. Die Zahl der Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten nahm um 0,7 % zu, die der mittleren Betriebe mit 20 bis 49 sowie mit 50 bis 99 Beschäftigten verzeichnete einen Anstieg um jeweils 1,4 %, die der größeren Betriebe um 0,8 %. Seit 1994 hat sich die Anzahl der Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten damit um 6,1 % erhöht, bedingt durch Neugründungen und das Kleinerwerden vormals größerer Betriebe. Dagegen hat sich die Anzahl der Großbetriebe seit 1994 um fast 60 % verringert.

Zur Jahresmitte gab es im bayerischen Bauhauptgewerbe mit 13.632 um 0,7 % mehr Kleinbetriebe mit 1 bis 19 Beschäftigten als ein Jahr zuvor (Tabelle 1). Auf diese Größenklasse entfielen 91,6 % der Betriebe, 1994 waren es nur 83,2 %. Seit 1994 konnten sie ihren Anteil an den Beschäftigten von damals knapp 30 % auf nunmehr 46,8 % deutlich erhöhen (Tabelle 3). Der Anteil der Großbetriebe an der Beschäftigung nahm im selben Zeitraum dagegen von 33,7 % auf zuletzt 22,7 % ab.

Plus bei Betrieben ohne Schwerpunkt und im Hochbau
Gemessen an den Beschäftigten liegt das Schwergewicht der Branche nach wie vor beim Hochbau (ohne Fertigteilbau) mit zuletzt 31,4 %, mit weitem Abstand folgen die Betriebe des Hoch- und Tiefbaus ohne ausgeprägten Schwerpunkt mit 18,5 % (Tabellen 3/4). Bei letzteren dominierten die Betriebe mit über 100 Beschäftigten mit einem Beschäftigtenanteil von 68,8 %. Der Schwerpunkt der ersten lag mit 84,8 % der Belegschaften bei den Betrieben bis 49 Mitarbeitern. In den letzten Jahren von stärkeren Einbußen betroffen, konnten die Betriebe ohne ausgeprägten Schwerpunkt 2006 einen Zuwachs der Beschäftigten um 1,9 % verzeichnen. Bei den reinen Hochbaubetrieben war dies 1 %. 2006/94 betrug der Einbruch im Durchschnitt des bayerischen Bauhauptgewerbes 44,4 %, im Hochbau (ohne Fertigteilbau) 50 % und im Straßenbau 43,6 %.

2006 Zunahme der Anzahl der Betriebe im Straßenbau und im Sonstigen Tiefbau

Die Anzahl der Betriebe mit Schwerpunkt im Tiefbau stieg 2006 um 1 %, die der Beschäftigten fiel dagegen noch um 0,4 % (Tabellen 3/4). Im Straßenbau erhöhte sich die Zahl der Betriebe um 2,8 %, die der Beschäftigten sank um 1,2 %. Die Zahl der Betriebe im Sonstigen Tiefbau und sonstigen Spezialbau erhöhte sich um 0,4 %, die ihrer Beschäftigten nahm um 1,7 % ab. Seit 1995 stieg die Zahl dieser Betriebe um 448,2 % und die der Beschäftigten um 117,3 % an. Ein anderes Muster zeigte der Kabelleitungstiefbau: Dort fiel die Zahl der Betriebe um 1,4 %, die der Beschäftigten stieg um 1,3 %.

Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten seit 1994 gestiegen

Von 1994 bis 2006 erhöhte sich bei den Kleinbetrieben mit bis zu 19 Beschäftigten der Anteil der kaufmännischen Angestellten von 11 % auf 11,4 %, derjenige der technischen Angestellten erhöhte sich von 3 % auf 3,7 %. Bei den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten blieb der Anteil der kaufmännischen Angestellten mit

12 % konstant, derjenige der technischen Angestellten stieg von 15 % auf 16 %. Insgesamt hat sich 2006 der Arbeitsplatzabbau bei den Angestellten leicht fortgesetzt. Bei den kaufmännischen Angestellten nahm die Zahl um 2,3 % ab. Bei den Technikern dagegen stieg die Zahl um 0,7 % an. Seit 1980 konnten die kaufmännischen Angestellten ihren Anteil von damals 6,9 % auf zuletzt 11,5 % deutlich ausweiten. Der Anteil der technischen Angestellten erhöhte sich im selben Zeitraum von 4,5 % auf 7,3 %.

Bei Facharbeitern 2006 Zugewinne

Bei den Facharbeitern ist nach den gravierenden Einbrüchen in den vergangenen Jahren nun wieder ein Zuwachs zu verzeichnen. Ihre Zahl nahm 2006 um 1.016 oder 1,8 % zu. Insgesamt ergibt sich aber seit 1980 ein Minus von 75.098 oder 56,6 %. Die Zahl der Fachwerker und Werker erhöhte sich 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 %. Seit 1980 ist sie jedoch um 63,2 % zurückgegangen.

Auch Plus bei Baustellenführungskräften
Erfreulich ist auch das Plus bei den Polieren und Meistern von 3,3 % gegenüber 2005 nach deutlichen Rückgängen in den beiden Vorjahren (2005/04: - 9,1 %; 2004/03: - 8,1 %). Die Zahl der Werkpoliere ging jedoch um 3,9 % zurück. So ergibt sich ein Gesamtminus (2006/80) bei Polieren und Meistern von 53,6 % (- 3.529), bei Werkpolieren sogar von 55,6 % (- 10.287).

Zuwachs bei der gewerblichen Ausbildung

Bei den gewerblichen Auszubildenden kam es Mitte 2006 zu einem Anstieg von 2,7 % auf 6.302. Dabei entfällt mit 2.761 der größte Teil an Auszubildenden auf die kleinen Betriebe, gefolgt von den mittleren Betrieben mit 20 bis unter 100 Beschäftigten (2.121). Am ausgeprägtesten war der Zuwachs 2006/05 bei den Großbetrieben mit 7,3 %, gefolgt von den Mittelbetrieben mit 20 bis unter 100 Beschäftigten (- 3,9 %).

Tabelle 1
Betriebe des bayerischen Bauhauptgewerbes nach Größenklasse

Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten	Juni 94	Juni 05	Juni 06	Veränderung		Anteile	
				06/05	06/94	Juni 94	Juni 06
1 - 19	12.852	13.536	13.632	0,7%	6,1%	83,2%	91,6%
20 - 49	1.740	881	893	1,4%	- 48,7%	11,3%	6,0%
50 - 99	536	218	221	1,4%	- 58,8%	3,5%	1,5%
100 und mehr	328	133	134	0,8%	- 59,1%	2,1%	0,9%
insgesamt	15.456	14.768	14.880	0,8%	- 3,7%	100,0%	100,0%

Angaben in Abgrenzung NACE WZ 93, Werte 94 daraufhin umgerechnet

Tabelle 2
Beschäftigte des bayerischen Bauhauptgewerbes nach Betriebsgrößenklasse

Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten	Juni 94	Juni 05	Juni 06	Veränderung		Anteile	
				06/05	06/94	Juni 94	Juni 06
1 - 19	71.375	63.007	62.824	- 0,3%	- 12,0%	29,5%	46,8%
20 - 49	51.990	25.896	26.192	1,1%	- 49,6%	21,5%	19,5%
50 - 99	36.790	14.776	14.803	0,2%	- 59,8%	15,2%	11,0%
100 und mehr	81.480	29.036	30.438	4,8%	- 62,6%	33,7%	22,7%
insgesamt	241.635	132.715	134.257	1,2%	- 45,1%	100,0%	100,0%

Tabelle 3
Betriebe des bayerischen Bauhauptgewerbes in ausgewählten Sektoren nach Schwerpunkt des Betriebes

	Juni 94	Juni 05	Juni 06	Veränderung		Anteile	
				06/05	06/94	Juni 94	Juni 06
Hoch- und Tiefbau ohne Schwerpunkt	483	278	260	- 6,5%	- 46,2%	3,1%	1,7%
Hochbau ohne Fertigteilbau	4.897	4.251	4.295	1,0%	- 12,3%	31,7%	28,9%
Kabelleitungsbau	328*	292	288	- 1,4%	- 12,2%*	2,1%	1,9%
Straßenbau	540	502	516	2,8%	- 4,4%	3,5%	3,5%
Sonstiger Tiefbau/sonstiger Spezialbau	85*	464	466	0,4%	448,2%*	0,5%	3,1%
insgesamt	15.456	14.768	14.880	0,8%	- 3,7%		

* Angaben liegen erst ab 1995 vor, daher nur Vergleich 2005/95 möglich

Tabelle 4
Beschäftigte des bayerischen Bauhauptgewerbes in ausgewählten Sektoren nach Schwerpunkt des Betriebes

	Juni 94	Juni 05	Juni 06	Veränderung		Anteile	
				06/05	06/94	Juni 94	Juni 06
Hoch- und Tiefbau ohne Schwerpunkt	68.480	24.438	24.904	1,9%	- 63,6%	28,3%	18,5%
Hochbau ohne Fertigteilbau	84.327	41.759	42.168	1,0%	- 50,0%	34,9%	31,4%
Kabelleitungsbau	12.053*	8.447	8.561	1,3%	- 29,0%*	5,0%	6,4%
Straßenbau	17.620	10.065	9.942	- 1,2%	- 43,6%	7,3%	7,4%
Sonstiger Tiefbau/sonst. Spezialbau	2.250*	4.973	4.890	- 1,7%	117,3%*	0,9%	3,6%
insgesamt	241.635	132.715	134.257	1,2%	- 44,4%		

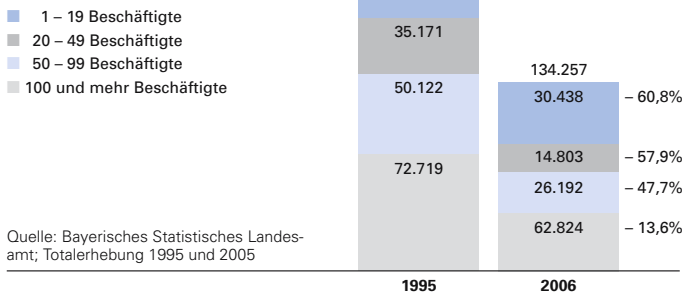
* Angaben liegen erst ab 1995 vor, daher nur Vergleich 2005/95 möglich

Tabelle 5
Die Entwicklung der Beschäftigten im bayerischen Bauhauptgewerbe 1980 bis 2006 (jeweils Juni)

	1980	2005	2006	Veränderung		Anteile	
				06/05	06/80	Juni 80	Juni 06
Angestellte (einschl. Auszubildende)	37.545	28.509	28.303	- 0,7%	- 24,6%	13,8%	21,1%
kaufmännische	18.729	15.758	15.388	- 2,3%	- 17,8%	6,9%	11,5%
technische	12.227	9.789	9.855	0,7%	- 19,4%	4,5%	7,3%
Poliere und Meister	6.589	2.962	3.060	3,3%	- 53,6%	2,4%	2,3%
gewerbliche Arbeitnehmer	209.563	85.955	87.363	1,6%	- 58,3%	77,2%	65,1%
Werkpoliere	18.490	8.538	8.203	- 3,9%	- 55,6%	6,8%	6,1%
Facharbeiter	132.769	56.664	57.680	1,8%	- 56,6%	48,9%	43,0%
Fachwerker und Werker	58.304	20.753	21.480	3,5%	- 63,2%	21,5%	16,0%
gewerbliche Auszubildende	12.469	6.137	6.302	2,7%	- 49,5%	4,6%	4,7%
Inhaber und Familienangehörige	11.716	10.979	11.174	1,8%	- 4,6%	4,3%	8,3%
insgesamt	271.293	131.580	134.257	2,0%	- 50,5%	100,0%	100,0%

Große Bauunternehmen haben die Beschäftigung am stärksten abgebaut

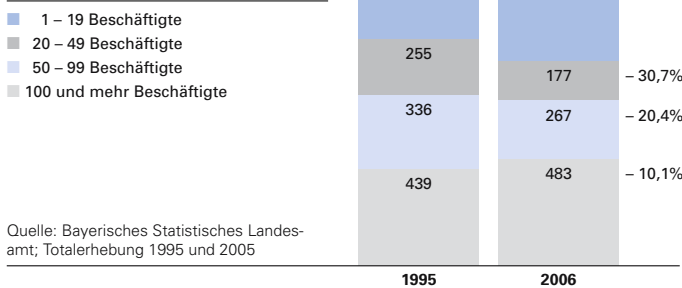
Beschäftigte im bayerischen Bauhauptgewerbe nach Größenklassen



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; Totalerhebung 1995 und 2005

Große Bauunternehmen haben auch bei den Umsätzen den deutlichsten Einbruch erlitten

Umsätze im bayerischen Bauhauptgewerbe nach Größenklassen, in Mio. Euro (jeweils Juni)



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; Totalerhebung 1995 und 2005

Klare Trends der Veränderung der Belegschaftsstrukturen schon seit 1980

Eindeutige längerfristige Tendenzen in der Veränderung der Belegschaftsstrukturen zeigt der Vergleich der Beschäftigten von 2006 mit 1980 (Tabelle 5):

■ Für die Gesamtbeschäftigtenzahl ergab sich ein Rückgang um 50,5 %.

■ Der Anteil der technischen und kaufmännischen Angestellten nahm von 13,8 auf 21,1 % zu. Über diese 26 Jahre betrachtet konnten die kaufmännischen Angestellten ihren Anteil von 6,9 % auf 11,5 % ausweiten, die technischen Angestellten von 4,5 auf 7,3 %.

■ Bei Polieren und Meistern nahm die Anzahl um 53,6 % ab, ihr Anteil blieb weitgehend konstant (1980: 2,4 %; 2006: 2,3 %).

■ Bei den Werkpolieren betrug der Abbau 55,6 %, ihr Anteil verringerte sich von 6,8 % auf 6,1 %.

■ Die Zahl der Facharbeiter sank um 56,6 % und ihr Anteil an den Belegschaften von 49 auf 43 %.

■ Die Zahl der angelernten Fachwerker und Werker nahm insgesamt um 63,2 % ab, ihr Anteil verringerte sich von 21,5 auf 16 %.

■ Die Zahl der gewerblichen Lehrlinge sank insgesamt um 49,5 %; ohne den Zuwachs um 2,7 % 2006/05 wären es über die Hälfte gewesen. Ihr Anteil entsprach 2006 mit 4,7 % dem von 1980 (4,6 %).

■ Der von 4,3 auf 8,3 % gestiegene Anteil der Inhaber und Familienangehörigen ist Ausdruck der selbst im tiefen Einbruch anhaltenden, von zunehmender Subunternehmertätigkeit geförderten Gründerwelle.

Wir übermitteln den Jubilaren unsere herzlichsten Glückwünsche

Dipl.-Ing. Bernd Arbogast

Amberg

70. Geburtstag am 15.4.2007

Herr Arbogast war von 1987 bis 2003 Mitglied des Gesamtbeirates des BBIV. Auf regionaler Ebene engagierte er sich von 1985 bis 1993 im Beirat des Bezirksverbandes Ostbayern, seit 1993 als dessen stellvertretender Vorsitzender.

Werner Wolf

Krailling

70. Geburtstag am 20.4.2007

Herr Wolf hat lange Jahre die Neubau- maßnahmen des BauindustrieZentrums München-Stockdorf als Mitglied des Bauausschusses begleitet.

Dipl.-Ing. Hansjörg Zeitlinger

Oberndorf i. T.

65. Geburtstag am 24.4.2007

Herr Zeitlinger gehörte von 1987 bis 2005 dem Gesamtbeirat des Bayerischen Bauindustrieverbandes an. Im Bezirksverband München-Oberbayern war er von 1987 Beiratsmitglied und von 1995 bis 2005 Mitglied des Vorstandes.

Dipl.-Ing. (FH) Anton Linke

Bayreuth

60. Geburtstag am 24.4.2007

Herr Linke war von 1997 bis 2007 Mitglied des Beirates des Bezirksverbandes Oberfranken.

Dipl.-Kfm. Fritz Bareiß

Nürnberg

85. Geburtstag am 30.5.2007

Herr Bareiß war von 1963 bis 1985 Vorsitzender des Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreises Nordbayern des Bayerischen Bauindustrieverbandes und wurde 1986 zum Ehrevorsitzenden ernannt. Sein besonderer Einsatz galt der Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses in der nordbayerischen Bauindustrie.

Aktuelle Rechtsprechung

Nachträgliches Tilgungsbestimmungsrecht des Endkunden bei verlängertem Eigentumsvorbehalt (§§ 121 Abs. 1, 362, 366 BGB)

1. Der Schuldner ist nach Offenlegung einer aufgrund eines verlängerten Eigentumsvorbehalts erfolgten Teilabtretung der gegen ihn gerichteten Forderung an den Vorbehaltslieferanten grundsätzlich berechtigt, in entsprechender Anwendung des § 366 Abs. 1 BGB nachträglich zu bestimmen, dass seine an den bisherigen Gläubiger erbrachten Abschlagszahlungen vorrangig auf die dem Vorbehaltslieferanten zustehende Teilforderung anzurechnen sind.

2. Entsprechend dem § 121 Abs. 1 BGB zugrunde liegenden Rechtsgedanken muss der Schuldner die Leistungsbestimmung unverzüglich vornehmen, nachdem er von der Teilabtretung Kenntnis erlangt hat.

BGH, Urteil vom 11.5.2006, Az.: VII ZR 261/04 (IBR 2006, S. 442)

Voraussetzungen für wirksame VOB/B-Vereinbarung (§ 305 Abs. 2 BGB)

Das Angebot des Unternehmers, bei den Vertragsverhandlungen mit Einbeziehung der VOB/B dem Besteller den Text der VOB/B auf Wunsch kostenlos zur Verfügung zu stellen oder diesen in den Geschäftsräumen einsehen zu können, reicht für eine wirksame Einbeziehung der VOB/B als Allgemeine Geschäftsbedingung nicht aus.

OLG Bremen, Urteil vom 29.9.2005, Az.: 5 U 9/05 (BauR 2006, S. 1001)

Kommt ein Bauvertrag durch Zahlung von Abschlagsrechnungen zustande? (§ 631 BGB)

Ist nicht aufklärbar, wer von mehreren beteiligten Personen Auftraggeber eines Bauvertrages ist, kann die Bezahlung von Abschlagsrechnungen durch den Grundstückseigentümer als deklaratorisches Schuldanerkenntnis gewertet werden mit der Folge, dass dieser die gesamten Bauleistungen zu bezahlen hat.

OLG Köln, Urteil vom 11.4.2006, Az.: 22 U 204/05 (IBR 2006, S. 609)

Festlegung des Leistungsumfangs (§§ 631 BGB; VOB/B; VOB/C)

1. Für die Abgrenzung, welche Leistungen von der vertraglich vereinbarten Vergütung erfasst sind und welche Leistungen zusätzlich zu vergüten sind, kommt es auf den Inhalt der Leistungsbeschreibung an. Diese ist im Zusammenhang mit dem gesamten Vertragswerk auszulegen. Haben die Parteien die Geltung der VOB/B vereinbart, gehören hierzu auch die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen,

VOB/C (Ergänzung von BGH, Urteil vom 28.2.2002 – VII ZR 376/00, IBR 2002, S. 231).

2. Der Unternehmer trägt nach allgemeinen werkvertraglichen Grundsätzen nicht das Risiko für die Kosten eines von der Baugenehmigungsbehörde angeforderten Baugrundgutachtens. *BGH, Urteil vom 27.7.2006, Az.: VII ZR 202/04 (IBR 2006, S. 605, 606)*

Wann liegt Bezugsfertigkeit vor? (§§ 634, 636 BGB a.F.)

Zur fristgemäßen Herstellung der Bezugsfertigkeit genügt es nicht, einen Parkettboden zu versiegeln, die Versiegelung muss auch innerhalb der Frist ausgehärtet sein.

OLG Schleswig, Urteil vom 12.8.2005, Az.: 1 U 211/00 (IBR 2006, S. 337), Nichtzulassungsbeschwerdebeschluss des BGH vom 30.3.2006, Az.: VII ZR 222/05

Haftung für arglistiges Verschweigen des Subunternehmers (§ 638 Abs. 1 BGB a.F.; §§ 166, 278 BGB)

1. Dem Unternehmer kann die Kenntnis eines mit der Prüfung des Werkes beauftragten Mitarbeiters eines Subunternehmers auch dann zuzurechnen sein, wenn er einen Bauleiter zur Überwachung eingesetzt hat.

2. Das ist der Fall, wenn der Mangel auch bei ordnungsgemäßer Bauüberwachung vom Bauleiter nicht wahrgenommen werden kann, weil er bei der Kontrolle der Leistung vom Bauleiter infolge weiter geführter Arbeiten nicht zu bemerken war.

BGH, Urteil vom 12.10.2006, Az.: VII ZR 272/05 (IBR 2006, S. 667)

Sicherheit nach § 648 a BGB

1. Ein Generalübernehmer ist sicherungsberechtigter Unternehmer im Sinne des § 648 a BGB.

2. Nach dem von § 648 Abs. 1 Satz 2 BGB wesentlich abweichenden Wortlaut des § 648 a Abs. 1 Satz 2 BGB kann die Sicherheit bis zur Höhe des voraussichtlichen Vergütungsanspruchs, wie er sich aus dem Vertrag ergibt, gefordert werden. Dabei ist auch unerheblich, ob sich das Sicherungsverlangen auf erbrachte oder noch nicht erbrachte Leistungen bezieht.

3. Ein überhöhtes Sicherungsverlangen ist nicht automatisch unwirksam. Dem Auftraggeber ist vielmehr abzuverlangen, die der Höhe nach für ihn feststellbare, nach § 648 a BGB forderbare Sicherheit zu leisten.

4. Grundlage für die Berechnung des Schadensersatzes nach § 648 a Abs. 5 BGB ist allein die vereinbarte Nettovergütung. Abschlagszahlungen des Auftraggebers bleiben unberührt.

OLG Dresden, Urteil vom 1.3.2006, Az.: 12 U 2379/04 (IBR 2006, S. 617)

Mehrvergütungsanspruch bei erkennbar konkretisierungsbedürftigen Unterlagen (§ 2 Nr. 5 VOB/B)

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Erhöhung der Vergütung gemäß § 2 Nr. 5 VOB/B, wenn er sich vor Abgabe

seines Angebotes nicht nach den Einzelheiten der geplanten Ausführung erkundigt, die er weder dem Leistungsverzeichnis noch den damals überlassenen Planungsunterlagen hinreichend entnehmen konnte, die er aber für eine zuverlässige Kalkulation hätte kennen sollen. Insoweit darf der Auftragnehmer bzw. Bieter ein erkennbar lückenhaftes Leistungsverzeichnis nicht einfach hinnehmen, sondern muss sich daraus ergebende Zweifelsfragen vor Angebotsabgabe klären; ebenso gilt dies, wenn sich für ihn aus dem Leistungsverzeichnis und aus den verfügbaren weiteren Unterlagen die bestimmte Art der Ausführung nicht mit hinreichender Klarheit ergibt, er darauf aber bei der Kalkulation maßgebend abstellen will.

OLG Brandenburg, Urteil vom 7.9.2006, Az.: 12 U 111/04 (IBR 2006, S. 610)

Abrechnung bei freier Kündigung (§ 8 Nr. 1 VOB/B)

1. Der Auftragnehmer ist, wenn der Vertrag wegen einer vom Auftraggeber zu vertretenden Vertragsverletzung vorzeitig beendet wird, berechtigt, eine Vergütung für nicht erbrachte Leistungen unter Abzug ersparter Aufwendungen und eines durch die anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft zu erzielenden Erwerbs zu verlangen.

2. Der Auftragnehmer kann als Teil der Vergütung für nicht erbrachte Leistungen die Anzahlung verlangen, die er an einen Aufzugaufbauer für einen Personenaufzug geleistet hat, der nach der Kündigung nicht mehr eingebaut worden ist.

BGH, Urteil vom 27.7.2006, Az.: VII ZR 202/04 (IBR 2006, S. 660)

§ 8 Nr. 2 VOB/B auch unter der Geltung der Insolvenzordnung (InsO) wirksam

Das Sonderkündigungsrecht gemäß § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B, auf dessen Grundlage nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers der Auftraggeber eine Kündigung ausspricht, verstößt nicht gegen § 119 InsO.

OLG Düsseldorf, Urteil vom 8.9.2006, Az.: 23 U 35/06 (IBR 2006, S. 674)

Abrechnung nach Kündigung – wie ist mit vergessenen Positionen umzugehen? (§ 8 Nr. 3, 6 VOB/B, § 2 Nr. 7 VOB/B)

Hat der Unternehmer bei der Kalkulation eines Pauschalpreises Leistungspositionen vergessen, muss er die daraus entstandene mangelnde Kostendeckung des Pauschalpreises auch bei der Abrechnung nach vorzeitiger Kündigung in Abzug bringen.

OLG Brandenburg, Urteil vom 17.5.2006, Az.: 4 U 208/98 (IBR 2006, S. 612)

Berechtigte AN-Kündigung nach ernsthafter und endgültiger Verweigerung der Annahme von Bauleistungen (§ 9 VOB/B)

Verweigert der Auftraggeber ernsthaft und endgültig die Annahme der vom Bauunternehmer angebotenen Leistung, weil er sie zu Unrecht für nicht vertragsgemäß hält, und teilt er nicht konkret mit, welche Änderung der Leistungsausführung er fordert, kann der Bauunternehmer auch ohne Fristsetzung

und Kündigungsandrohung den Vertrag kündigen. Nach Kündigung kann der Unternehmer die vertraglich vereinbarte Vergütung abzüglich ersparter Aufwendungen verlangen.

OLG Nürnberg, Urteil vom 4.1.2006, Az.: 6 U 114/03 (IBR 2006, S. 542), Nichtzulassungsbeschwerdebeschluss des BGH vom 27.7.2006, Az.: VII ZR 40/06

Aufschiebende Bedingung einer Gewährleistungsbürgschaft (§ 17 VOB/B, § 158 BGB)

1. Die Voraussetzung, dass die Gewährleistungsbürgschaft erst in Kraft tritt, wenn der Sicherheitseinbehalt beim Auftragnehmer eingegangen ist, ist eine aufschiebende Bedingung, deren Eintritt der Auftraggeber zu beweisen hat.

2. Grundsätzlich ist eine Barsicherheit bar auszuzahlen, wenn die Bürgschaft als zum Austausch gestellte und geeignete Sicherheit entgegengenommen worden ist.

OLG Rostock, Urteil vom 31.8.2006, Az.: 7 U 2/06 (IBR 2006, S. 618)

Avalkosten als Verzugschaden bei verzögerter Bürgschaftsherausgabe (§ 17 Nr. 8 VOB/B)

1. Der Bauunternehmer kann die Herausgabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft nur an die Bank, nicht an sich selbst verlangen.

2. Für die durch verspätete Rückgabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft entstehenden Avalzinsen haftet der Bauherr auch dann, wenn der Bauunternehmer versehentlich die Herausgabe der Urkunde an sich selbst – statt an die Bank – verlangt hat, der Bauherr die Bürgschaft jedoch aus anderen Gründen einbehält.

3. Eine wirksame Mahnung kann auch dann gegeben sein, wenn erkennbar ist, dass es dem Gläubiger nicht auf die von ihm benannten Modalitäten, sondern nur auf die tatsächlich geschuldete Leistung (hier: Herausgabe an die Bank) ankommt.

4. Der Streitwert einer Klage auf Herausgabe einer Bürgschaft bemisst sich nach der vollen Bürgschaftssumme.

OLG Koblenz, Urteil vom 11.5.2006, Az.: 5 U 1806/05 (IBR 2006, S. 496)

Baugeld liegt auch bei Überziehungskredit in Höhe des nicht abgerufenen Betrages vor (§ 1 Abs. 3 GSB)

1. Liegen bei einem Überziehungskredit die Baugeldmerkmale des § 1 Abs. 3 GSB vor, so handelt es sich bei der gesamten Kreditlinie um Baugeld und nicht nur bei den tatsächlich ausgeschöpften Beträgen.

2. Wird – zusätzlich zu dem von der Bank eingeräumten Kredit – Baugeld von den Erwerberrn der Eigenheime zur Verfügung gestellt, sind diese Beträge mit dem Kredit zu addieren, um die Baugeldhöhe zu ermitteln.

OLG Hamm, Urteil vom 27.6.2005, Az.: 13 U 193/04 (IBR 2006, S. 444)

Bauleistung

Geleistete Arbeitsstunden¹⁾

in Mio. EUR	2006	2006/2005	2006/1994
Bauhauptgewerbe insg.	149,5	+ 7,0 %	- 48,5 %
Wohnungsbau	67,6	+ 8,1 %	- 47,2 %
Wirtschaftsbau	42,9	+ 7,3 %	- 45,9 %
Öffentlicher Bau insg.	39,0	+ 4,8 %	- 52,7 %
davon Öff. Hochbau	9,1	+ 6,6 %	- 54,3 %
Straßenbau	14,6	+ 6,4 %	- 46,4 %
Sonst. Tiefbau	15,3	+ 2,2 %	- 56,7 %

Produktionsindex¹⁾ (arbeitstäglich)

2000 = 100	2006	2006/2005	2006/1994
Bauhauptgewerbe insg.	84,1	+ 9,2 %	- 31,3 %
Hochbau	84,6	+ 8,2 %	- 35,0 %
Tiefbau	83,0	+ 5,3 %	- 27,0 %

Umsatz¹⁾

ohne MwSt., in Mio. EUR	2006	2006/2005	2006/1994
Bauhauptgewerbe insg.	15.598,4	+ 11,7 %	- 22,0 %
Wohnungsbau	6.035,8	+ 13,8 %	- 25,3 %
Wirtschaftsbau	5.317,3	+ 11,7 %	- 13,6 %
Öffentlicher Bau insg.	4.245,3	+ 8,9 %	- 24,9 %
davon Öff. Hochbau	1.047,5	+ 11,3 %	- 20,4 %
Straßenbau	1.647,0	+ 14,4 %	- 6,0 %
Sonst. Tiefbau	1.550,9	+ 2,2 %	- 39,9 %

Lohnkosten

Bauhauptgewerbe¹⁾

	2006	2006/2006	2006/1994
Lohn- und Gehaltssumme in Mio. EUR	3.295	+ 1,5 %	- 41,5 %
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde in EUR	16,06	- 4,3 %	+ 1,8 %
Gehaltssumme je Angestellten in EUR	35.618	+ 1,2 %	+ 6,9 %
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten in EUR	25.900	+ 0,6 %	+ 4,3 %

1) Neue, engere statistische Abgrenzung 451 + 452 NACE WZ 93;

Werte 1994 dieser Abgrenzung angepasst

2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung,
Bundesagentur für Arbeit

Baunachfrage

Auftragseingang^{1/2)} Inland

in Mio. EUR	2006	2006/2005	2006/1994
Bauhauptgewerbe insg.	9.537,5	+ 6,2 %	- 33,5 %
Wohnungsbau	2.285,4	- 1,4 %	- 49,6 %
Wirtschaftsbau	3.790,1	+ 14,2 %	- 20,4 %
Öffentlicher Bau insg.	3.462,0	+ 3,4 %	- 30,8 %
davon Öff. Hochbau	1.010,0	+ 12,7 %	- 14,1 %
Straßenbau	1.261,0	+ 2,3 %	- 11,9 %
Sonst. Tiefbau	1.191,0	- 2,3 %	- 49,5 %

Baugenehmigungen für Hochbauten

in 1000 m ³ Rauminhalt	2006	2006/2005	2006/1994
Wohngebäude	32.433	+ 17,4 %	- 50,5 %
Wirtschaftsgebäude	36.830	+ 22,2 %	- 6,2 %
Öffentliche Gebäude	3.507	+ 4,9 %	- 35,0 %

Auftragsbestände Bauindustrie

Reichweite in Monaten Monatsdurchschnitte	2006	2005	1994
Bauindustrie insg.	2,9	2,5	4,4
Wohnungsbau	3,4	2,7	4,9
Wirtschaftsbau	3,2	2,9	6,4
Öffentlicher Bau insg.	2,6	2,3	3,4
davon Öff. Hochbau	2,5	2,4	3,2
Straßenbau	2,4	2,1	2,5
Sonst. Tiefbau	3,0	2,6	4,5

Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe¹⁾

Monatsdurchschnitt	2006	2006/2005	2005/1994
Tätige Inh., Mitinhaber	11.947	+ 3,6 %	- 3,4 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	25.084	- 2,0 %	- 31,4 %
Facharbeiter	62.945	- 0,1 %	- 54,7 %
Fachwerker	20.615	+ 5,5 %	- 47,3 %
Gewerbl. Auszubildende	6.622	+ 2,6 %	- 37,3 %
Insgesamt	127.213	+ 0,9 %	- 45,7 %

i.d.

Informationsdienst
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.
April 2007 · 52. Jahrgang

80331 München

Oberanger 32
Telefon +49 89 235003-0
Telefax +49 89 235003-70
Postanschrift:
Postfach 33 02 40
80062 München
www.bauindustrie-bayern.de
info@bauindustrie-bayern.de

90403 Nürnberg

Katharinengasse 24
Telefon +49 911 992070
Telefax +49 911 9920730
info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de

93047 Regensburg

Hemauerstraße 6/IV
Telefon +49 941 54890
Telefax +49 941 53196
info.regensburg@bauindustrie-bayern.de

86150 Augsburg

Gratzmüllerstraße 3/II
Telefon +49 821 36260
Telefax +49 821 150952
info.augsburg@bauindustrie-bayern.de



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**